

*Wolfgang Beyer
Post-Bez. 24105
Tel. 7666 89/101. 5963556*

VORWORT

Inhalt
DDR
Seiten 2, 3, 6 und 7
Kanzlerkandidat
Lafontaine
Seite 2

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 120 - Mai 1990

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

CDU - nur leeren Verstärker

Frage nach der Bedeutung der Einheit war?

Was wurde uns bisher von der Kohl-Regierung nicht schon alles versprochen? Die Arbeitslosigkeit würde sinken, das Gesundheitswesen billiger und unbürokratischer werden, mehr Wohnungen würden entstehen und vieles mehr.

Kein Versprechen wurde gehalten. Die Gesundheitsreform hat dazu geführt, daß Bürger mit geringem Einkommen höhere Kosten zu tragen haben, während die Pharmaindustrie weiter Umsatzen für ihre teuren Medikamente einstreichen kann.

Durch die Liberalisierung des Mietrechts sollen mehr Wohnungen entstehen, das wollte uns jedenfalls die Regierungspropaganda weismachen. Der „freie Markt“ würde schon alles im Sinne der Bevölkerung regeln! Das Gegenteil geschah. Mietwohnungen wurden in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die zwangsläufige Wohnungsmangel machte die Vermieter zunutze und trieben die Mieten in die Höhe. Wie Blutsauger wollen auch noch Spekulanten und Makler an unersattelt erarbeitetes Geld.

Das allgemeinste Versprechen der Bonner Unternehmer-Regierung war und ist: „Geht es den Unternehmen besser, geht es uns allen besser.“ Doch die Gewerkschaften haben errechnet, daß unter dem Strich die Gewinne zwischen 1980 und 1989 um 75% stiegen, die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung aber gleichbleibend!

Viele Kollegen entschieden sich deshalb dafür, mehr Überstunden zu machen, um ihren Lebensstandard zu halten oder wenigstens ein bißchen anzuhoben. Die Gewerkschaften fordern daher in den zur Zeit laufenden Tarifausinandersetzungen auch wesentliche Lohnerhöhungen (IG Metall-Forderung: plus 8,5%). Die Bundesregierung tat nichts ge-

„Selten ist so faustdick gelogen worden“

Auch die Arbeiter in der DDR haben jetzt lernen müssen, was es heißt, von Kohl und der Regierung belogen zu werden. 1:1 Umtauschkurs und eine schnelle Steigerung des Lebensstandards wurde ihnen zugesichert. Damit gewann die DDR-CDU die Wahlen und Kohl ließ sich feiern. Niemand in der Regierung will im nachhinein den DDR-Arbeitern etwas ver-

sprochen haben! Den BRD-Arbeitern verspricht Kohl, daß es „für die Einheit“ keine Steuererhöhungen geben wird. Wir werden auf diese Sprüche nicht hereinfallen.

Detlef Henseke, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Metallen, sagt zurecht: „Die Sektorkonferenzen Brandenburger Tor unterstützen keineswegs der allgemeinen Stimmung in den Betrieben, in den Wohnungen, und schon gar nicht auf den Fluren von Arbeitsamt und Wohnungsvermittlung. Der Widerspruch zwischen offizieller Verdrängung höherer Probleme und tatsächlich wachsender Nöte wird immer offenkundiger. Selten ist so faustdick gelogen worden. ... Unwahrscheinlichkeit zählt sich auf Dauer nicht aus.“

Viele Menschen sind auf die Lügen der Kohl-Regierung sauer und wollen, daß Kohl endlich den Abgang macht. Aber wird Kohl nicht wieder alles aussetzen, wie schon so oft? Sehen wir nach England. Dort ist Thatcher jetzt durch die Arbeiter in starke Bedängnis geraten (siehe Seite 9). Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, daß die „eiserne Lady“, ein Vorbild Kohls, so durchrostet? SPD und Gewerkschaften sollen genauso selbstbewußt gegen Kohl in die Offensive gehen und die Arbeiterinteressen vertreten, wie dies Kohl für seine Unternehmerfreunde macht.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

Widerstand bei der Post gegen Arbeitshetze
siehe Seiten 4 und 11

Metall-Tarifrunde Aufbruch in den Betrieben?

Nachdem zwölf Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem Verband der Metallindustrie (VMI) im Bezirk Nordwürttemberg-Nordbaden ergebnislos verliefen, deutet sich eine Aufbruchstimmung in den Betrieben an.

In einigen Betrieben gab es schon Warnstreiks, an denen mehrere tausend Kollegen beteiligt waren, die damit ihren Unmut gegenüber dem VMI zum Ausdruck brachten. Bei einer Großveranstaltung der IGM am 21.4. in Eppelheim, an der 5000 Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Tarifbereich teilnahmen, wurde auch die internationale Bedeutung unseres Kampfes deutlich: Dort berichtete ein französischer Kollege vom Kampf in England, Frankreich und Spanien für die 35-Stunden-Woche.

Franz Steinkühler wies in Eppelheim darauf hin, daß die IGM so schnell wie möglich den Tarifvertrag unterzeichnen will. Aber sie würde niemals eine Kapitulationsklärung unterschreiben. Ich hoffe, daß dem letzten Satz auch Taten folgen und sich unsere IGM-Führung auf keine faulen Kompromisse einläßt. Es darf zum Beispiel nicht wieder vorkommen, daß - wie jüngst passiert - auf der IGM-Konferenz ein Beschluß gegen Ausweitungen der Schichtarbeit gefaßt wird, und einige Wochen später nichts gegen die Einführung der Nachschicht bei Opel in Bochum getan wird. Deshalb hat die IGM-Führung nicht das Recht, 80 Mitglieder aus der IGM auszuschließen, weil diese eine eigene Oppositionsliste für die Betriebsratswahl bei Opel bilden.

Franz Steinkühler sagte weiter zurecht, daß die IGM niemals die bestehende Massenarbeitslosigkeit akzeptieren wird. Das heißt aber, daß

Oliver Schneider, Stuttgart, Juso und Mitglied der IGM und im Streik-Aktionsausschuss bei Werner & Pfleiderer

Kohl muß Weg!

Der Kommentator

Kanzlerkandidat Lafontaine

Endlich steht es fest. Lafontaine wird Kanzlerkandidat der SPD. Seine Resenerfolge bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen im Saarland lassen ihn geeignet erscheinen, der CDU auch auf Bundesebene eine herbe Niederlage beizubringen. Selbst Parteimitglieder, die Lafontaine kritisch gegenüberstehen, erwarten, daß er zumindest Schluß macht mit den langweiligen Bundestagswahlkämpfen des „Versöhnten statt spalten“.

Lafontaine ist kein Verlierertyp. Aber er ist auch noch lange keine Garantie für einen SPD-Sieg im Dezember.

In der Deutschlandpolitik hat sich die SPD-Führung in die Defensive manövriert. Mit ihrer Politik der Marktwirtschaft und Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf kapitalistischer Grundlage hat sie den Rechtsparaten für ihre Offensive das Tor geöffnet.

Der Kohl-Regierung hat Lafontaine zurecht vorgeworfen, sie hätte der DDR-Bevölkerung Versprechungen gemacht, die sie nicht halten kann und der BRD-Bevölkerung verschweige sie die „Kosten der Einheit“. Wo aber ist sein Protest gegen die Große Koalition, mit der sich die SPD zum Komplizen der CDU/DSU macht? Lafontaine fordert Steuererleichterungen für Investitionen in der DDR, wohlwissend, daß dadurch nur die Profite der Unternehmer weiter steigen. Kein Wunder, wenn die Unternehmer beschwingen, Lafontaine sei ein akzeptabler Kanzlerkandidat. Das wird sie aber nicht daran hindern, ihre ganze Macht dafür einzusetzen, daß Kohl dranbleibt.

Mit seiner Forderung nach Sozialabbau für Übersiedler hat Lafontaine das Vorrurteil bestätigt, daß die Übersiedler verantwortlich wären für Wohnungsmangel und Finanznot der Sozialerler.

Rechtstruck

Einst war Lafontaine Hoffnungsträger und Wunschkandidat der Linken: Generalstreik gegen Nachrüstung, Austritt aus der NATO, Vergesellschaftung der Stahlindustrie, Ausstieg aus der Atomenergie – mit diesen radikalen Forderungen war sein Name Mitte der 80er Jahre verbunden.

Aus der Forderung nach NATO-Austritt wurde 1987 ein größeres Mitspracherecht der BRD in der NATO. Aus der Vergesellschaftung der Stahlindustrie wurde die Vergesellschaftung der Verluste der Stahlindustrie zu Lasten des saarländischen Landeshauptstaates und auf Kosten von Zehntausenden von Stahlarbeitsplätzen im Saarland. Die Gewinne der Stahlbrönne blieben privat. Der Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens 1996 (beschlossen auf dem Nürnberg-Parteitag 1986) ist nicht mehr Bestandteil des Wahlprogramms.

In der Tarifrunde 1987 fiel Lafontaine mit seiner Forderung nach Arbeitszeiterhöhung ohne vollen Lohnausgleich den Gewerkschaften in den Rücken. Er entwickelte eine Neudefinition der Arbeit und forderte die gesellschaftliche Anerkennung und Bezahlung von häuslichen Erziehungs- und Pflegeleistungen. Entsprechend forderte er eine soziale Grundversicherung für diejenigen, die nicht an der Erwerbsarbeit beteiligt sind. Ausgerechnet Lafontaine war es, der einen Verzicht auf die soziale Grundversicherung und die soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit zur Bedingung für seine Spitzenkandidatur machte. Angeblich sei das alles nicht bezahlbar.

Lafontaine war maßgebend am neuen Grundsatzprogramm der Partei beteiligt. Er war es, der seine Autorität einsetzte, um Ansprüche in Richtung auf Vergesellschaftung zu stoppen. Der Rechtstruck des einstigen Hoffnungsträgers hat zur Demoralisierung der Linken in der SPD und in den Gewerkschaften beigetragen.

Lafontaine und die SPD-Führung haben sich vorgenommen, einen offensten Wahlkampf zu führen mit einem Programm für soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung. Wie aber soll soziale Gerechtigkeit erreicht werden, wenn Lafontaine es ablehnt, wichtige SPD-Reformforderungen ins SPD-Wahlprogramm aufzunehmen? Wenn sie jetzt im Aufschwung nicht finanziert werden können, wann sollen sie dann jemals im Kapitalismus finanziert werden können? Warum soll der Rüstungsetzer nur um 5 Milliarden Mark (ca. 10%) gesenkt werden?

Bei der ökologischen Erneuerung sollen die Verbraucher die Hauptlasten tragen: Benzin- und Energiesteuererhöhungen. Wo bleiben harte Verbots-, Kontrollmaßnahmen und Umweltabgaben für die Konzerne? Der Autoverkehr soll eingeschränkt werden. Aber es gibt kein Konzept für die Umstellung der Autoindustrie auf alternative Produktion.

Wie verrät sich die ökologische Erneuerung mit der Zustimmung von SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Ländern zur Verabschiedung von Rechengesetzen, die neue Umweltauflagen bei der Müllbeseitigung bedeuten? Wo bleibt der Widerstand von Lafontaine und der Parteiführung gegen die Verabschiedung des diskriminierenden Ausländergesetzes?

Alles in allem ist das Wahlprogramm der SPD jedoch ein klarer Fortschritt gegen die Politik der Kohl-Regierung. Aber es reicht nie und nimmer, um die gewaltigen Angriffe der CDU-/FDP-Regierung rückgängig zu machen.

Falls Lafontaine und die SPD mit ihrem Programm die Wahlen gewinnen, wird sich früher oder später die Frage stellen, wie die Erwartungen der Wähler gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden sollen.

Lafontaine wird dann wie SPD-geführte Regierungen vor ihm und sozialistische Regierungen in anderen europäischen Ländern vor der Alternative stehen, entweder vor dem Druck des Kapitals zu kapitulieren, oder die SPD-Wählerschaft und die Gewerkschaften mit einer konsequent anti-kapitalistischen Politik gegen die Unternehmer zu mobilisieren.

VORAN

ZUR sozialistischen Demokratie

Überrregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e. V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 2500 59-430

Stasi Ohne Kontrolle keine Auflösung

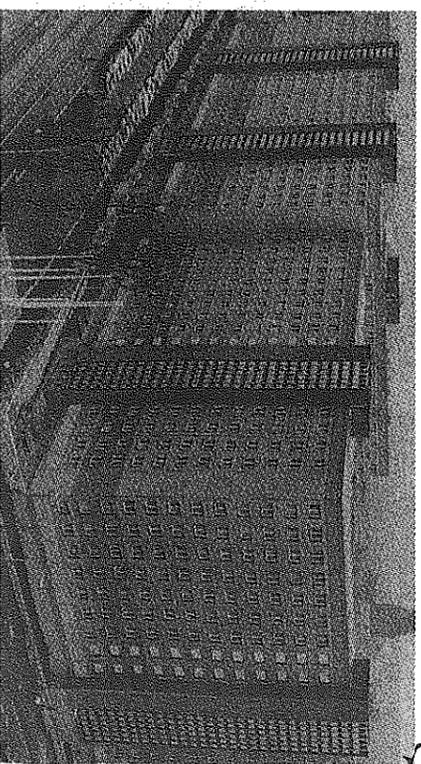
Bericht aus der DDR

Seit Anfang Dezember 1989 arbeitet in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Erfurt ein Ausschuß zur Auflösung desselben. Nach dreimonatigem Wühlen im Schlamme zogen Matthias Büchner vom Neuen Forum, Holger Eisenberg (DA) und Wolfgang Haase von der CDU ernüchtert Bilanz: „Wir tun etwas Unmögliches. Wir müssen zugeben, daß wir gescheitert sind, daß wir hier nur symbolisch handeln. Die Auflösung ist unmöglich.“

Von den offiziell bekanntgegebenen 85.000 Hauptamtlichen des MfS (Ministerium für Staatssicherheit) arbeiten im Bezirk Erfurt 2900. Nicht in diese Zahlenangaben einbezogen sind die „hauptsächlich inoffiziellen Mitarbeiter“ (HiM). Diese hatten zwei „Arbeitsverträge“ – einen an ihrem normalen Arbeitsplatz und einen geheimgehaltenen beim Ministerium. 17 dieser HiM sind dem Erfurter Bürgerkomitee allein bei der VP (Volkspolizei) bekannt, dort fast ausnahmslos innerhalb führender Positionen.

Jeder dieser HiM hatte nun wieder bis zu 30 „inoffizielle Mitarbeiter“ (IM oder auch Spitzel genannt) unter sich. Hier gibt es noch „funktionsstüchtige Strukturen, die sofort aktiviert werden können“, meint M. Büchner. In jedem Betrieb, in jeder Schule, bei der Armee ... kurz: überall hat es mindestens einen HiM gegeben, so die Erkenntnisse des Komitees.

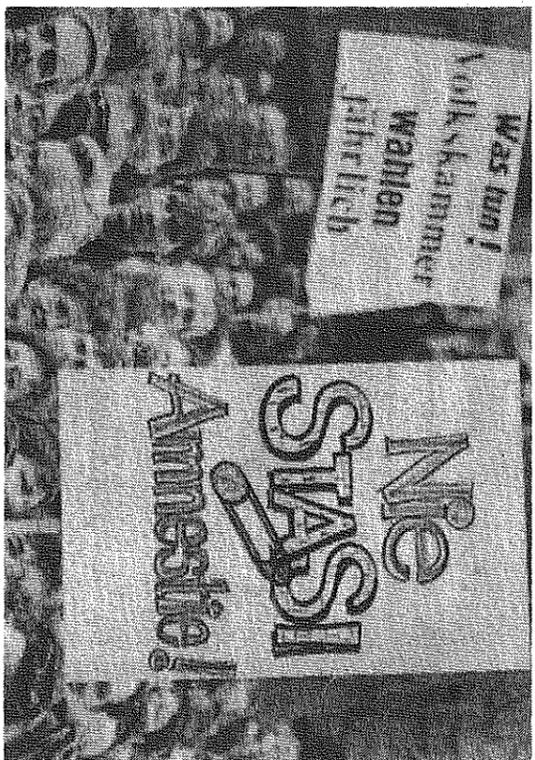
Bei der Vernehmung geben Offiziere des MfS „erstaunlich oft“ an: „Ich hätte diese Arbeit auch in Chile gemacht.“ Bei vielen Offizieren gab es ein Überlegenheitsgefühl dem Rest der Bevölkerung gegenüber. Großen Wert wurde auf geordnete private Verhältnisse gelegt; so wurde z.B. Ehebruch bestraft. „Wir waren keine Verbrecher, im Gegenteil, wir sind moralisch entwickelter gewesen als unsere Umgebung“, so einer bei der Vernehmung. Allerdings sprechen die gefundenen Dossiers über einige dieser moralisch höher entwickelten eine ganz andere Sprache: Menschen wurden bespitzelt und in Schwierigkeiten gebracht, nur weil einem Offizier „ihre



Von hier aus leitete die Stasi über Jahre die Unterdrückung der DDR-Bevölkerung.

richtendienst), erhalten. Dem Komitee ist es gelungen, eine Spur festzumachen: Ein Erfurter Stasi-Hauptmann ist jetzt bei der Flughafenspolizei in Frankfurt/Main tätig.

Als besorgniserregend bezeichnet M. Büchner, daß, entgegen der Versicherung des Ministerrats, von der Abteilung Ia der VP (Politische Abteilung) noch bis Ende Februar Akten



Anti-Stasi-Demonstration in Ost-Berlin.

Nase nicht gefallen hat“, erzählt Büchner. Für einen Teil dieser bricht jetzt die bis dato heile (stalinistische) Welt zusammen.

Neues Betätigungsfeld

Ein anderer Teil hat inzwischen ein neues Betätigungsfeld gefunden. In der Stadt Erfurt sind dem Ausschuß 20 ehemalige MfS-Mitarbeiter, vom Hauptmann aufwärts, bekannt, die jetzt Entscheidungspositionen in der Wirtschaft innehaben. Dem Bürgerkomitee zufolge hat sich seit Anfang Oktober etwa folgendes abgespielt: Der Direktor ist aus der SED ausges treten und dafür zum stellvertretenden Direktor degradiert worden. Diese haben Managerkurse im Westen belegt und dann für ihren Bereich Leute mit Spezialkenntnissen aus dem MfS angefordert und eingestellt (anderen wurde dafür gekündigt). Leute, die früher aus politischen Gründen rausgeworfen wurden, haben auch jetzt

über „Andersdenkende“ angelegt wurden. „Ich habe das Belegstück einer Akte gesehen, die genauso angelegt war, wie die Akten der Abteilung 20 des MfS. Die Abteilung Ia der VP war früher für die Zusammenarbeit mit dem MfS zuständig. Die Akte befähigte sich mit der Bespitzelung eines kirchlichen Mitarbeiters, mit Fotos und allem. Eine solche Abteilung gibt es unserer Kenntnis nach entgegen den amtlichen Versicherungen noch in allen Bezirken.“

Bei Einsichten in die Strukturen des Ministeriums und seiner Verzwungen in die gesamte Gesellschaft hinein ergab sich, daß der Ingenieurbetrieb für wissenschaftlichen Gerätebau (IWG) scheinbar eine Nachfolgebauaufgelöst werden mußte (derselbe „Betrieb“ war zuständig für den Bau von Ferien- und Gästehäusern des ehemaligen Politbüros und deren Bewachung). Dort arbeitet noch immer das-

selbe Personal wie vor dem Beginn der Revolution. Besonders auffällig ist das dieses „Betriebs“, sein Stammsitz ist in Berlin.

Keiner in Haft

Die Staatsanwälte zeigen sich dem Bürgerkomitee gegenüber als „keineswegs hilfsbereit“, im Gegenteil: Die meisten sehen ihre Aufgabe darin, es zu verhindern oder zumindestens abzuwimmeln. „Von den etwa 50 Staatsanwälten haben wir etwa 20 kennengelernt, und einem können wir vertrauen, den anderen müßten wir nach verschiedenen Vorkommnissen das Mißtrauen aussprechen. Sie haben uns keine Rechtsaufklärung gegeben, wir sind ja keine Juristen. Sie haben uns nur immer wieder mitgeteilt, daß das,

was wir ihnen vorgelegt haben, juristisch zur Strafanzüge nicht ausreicht.“ Deshalb ist im Bezirk Erfurt – und in den anderen Bezirken sieht es nicht viel anders aus – bislang kein ehemaliger Mitarbeiter des MfS in Haft. Ja, es wird sogar vermutet, daß einige Staatsanwälte „hauptsächlich inoffizielle Mitarbeiter“ sind bzw. waren.

Keine Vermutung hingegen ist, daß für die gesamte Staatsanwaltschaft wie für die Kriminalpolizei eine Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem MfS bestand. Vieles deutet auch darauf hin, daß jeder, der ein Examen der juristischen Hochschule in Potsdam gemacht hat, bei der Stasi im (inoffiziellen) Brote stand. Ein solches Examen reicht aus, um Betriebsjurist zu werden. Häufiger seien allerdings Fälle, wonach ein Absolvent einer anderen Hochschule anschließend ein Fernstudium in Potsdam belegt habe, so eine weitere Erkenntnis der Erfurter.

Nachtrag: Die ehemaligen (?) Stasi-Offiziere kauden jetzt ihre Dienstwohnungen zu Billigpreisen auf und überließen Privilegien in eine nach bürgerlichem Recht juristisch „unantastbare Form“. Diese Häuser sind unter marktwirtschaftlichen Bedingungen 200.000 DM wert.

Der unabhängigen Kommission zur Auflösung der Stasi und zur Aufdeckung von Korruption und Amtsmissbrauch liegen noch über 2000 ungeklärte Hinweise aus der Bevölkerung vor. Diese Hinweise wurden teilweise anonym gegeben. Dies zeigt die immer noch währende Angst der Bevölkerung vor der alten Mächtsstruktur.

Und ob die CDU-geführte Regierung ein Interesse an der weiteren Aufklärung der Machenschaften der Stasi hat, ist fraglich. So steht z.B. der Generalsekretär der Ost-CDU, Kirchner, unter dem Verdacht der hauptsächlich die Erfurter: „Die Auflösung ist unmöglich.“ Bürgerkomitees, die inzwischen zu vom Ministerrat bezahlten ständigen Dienststellen umfunktioniert wurden, werden diese Aufgabe sicherlich nicht erfüllen können. Offizielle Kontrolle muß gewährleistet sein, die nicht von der Regierung blockiert werden kann.

16. Juni: bundesweite Demo in Bonn Frauen und Männer gegen §218

Am 16. Juni findet in Bonn eine bundesweite Demonstration gegen den §218 statt. Diese Demo ist u.a. initiiert und unterstützt von „Frauen gegen den §218“ (bundesweite Koordination), Bundesvorstand der Jusos, Landesverbänden der Arbeitsgemeinschaften Sozialdemokratischer Frauen, SPD- und Gewerkschaftsuntergliederungen.

Als Redner(innen) treten z.B. auf: Monika Stimmel-Joachim (Bundesvorsitzende von Pro Familia), Gudrun Hamacher (Vorstandsmitglied der IG Metall), Dr. Horst Theissen aus Memmingen sowie Frauen aus Italien, Irland und der DDR. Im Anschluß an die Demonstration findet eine Kulturveranstaltung statt.

Es ist Zeit, daß die Kohl-Regierung und ihre Justiz eine Quittung für ihre Frauen- und Kinderfeindlichkeit bekommt. Der Memminger Anti-Abtreibungsprozeß und die Versuche der CDU/CSU, das bestehende Abtreibungsrecht zu unterhöhlen bzw. zu

verschärfen, sind Generalangriffe auf die Interessen der Frauen. Bayern hat, unterstützt von Baden-Württemberg, beim Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht. Streibl, Späth und Co. verlangen, daß der Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein abgeseht und die soziale Indikation noch weiter erschwert wird. Rita Sultmuth, die damit angibt, die Interessen der Frauen zu vertreten, hat 1988 einen Entwurf für ein Beratungsgesetz eingebracht, wonach die soziale Indikation weiter erschwert wird.

Ein erneuter Wahlsieg der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl wird



Demo 1988 anlässlich des CDU-Parteitages.

Erfahrungsbericht aus DDR-Betrieb „Momentan hat keiner Selbstvertrauen“

Am letzten Wochenende hatte ich Besuch aus der DDR, zwei Studenten, die ich in Leipzig kennengelernt hatte und ein Arbeiter aus einer Brauerei in Frankfurt/Oder. Was dieser über die Stimmung im Betrieb erzählte, war ziemlich bedrückend:

„Die frühere ‚Interessensvertretung‘, der FDGB, war nie eine wirkliche Vertretung der Arbeiter gewesen, sondern beschränkte seine Tätigkeit auf die Weiterleitung der Beschlüsse der Betriebsleitung. Allerhöchstens war er eine Hilfe in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten, segnete jedoch auch alles ab, was nicht erlaubt war: Sonderzuschichten, Doppelschichten, mandgelder Arbeitssicherheit ... Wer sich beschweren wollte, mußte sich gleich an den Kreis- bzw. Bezirksvorstand wenden.“

Anfang des Jahres tauchte das Gerücht von Joint Venture und Rationalisierung in der Brauerei auf. Im Januar organisierte ein ‚Initiativkomitee‘ eine Urabstimmung darüber, ob ein Betriebsrat sein. 70% der Belegschaft stimmte beiden zu. Aus dieser Abstimmung folgte jedoch keine praktische Konsequenz, denn auch das Initiativkomitee hat nichts weiter getan. Das lag auch daran, daß es bei der Belegschaft kein Vertrauen hat, da es z.B. vorschlug, daß Betriebsratsmitglieder unkündbar sein sollen, was allen wieder nach unverdientem Privileg aussah. Außerdem wurde den Komiteemitgliedern die nötige Kompetenz abgesprochen.

„Augen zu und durch“

Jetzt hat jeder Angst, sich zu organisieren, da ihn die Betriebsleitung als „Nestbeschmutzer“ hinstellen kann. Jeder der jetzt mit der Angst um den Arbeitsplatz erpresst. Diese Angst ist real, da schon Entlassungen vorkommen.

Viele haben die Mentalität ‚Augen zu und durch‘ und hoffen, daß es sie vielleicht nicht erwischt. Die meisten würden sogar Einschnitte in den Le-

bensstandard und Arbeitslosigkeit hinnehmen, wenn sie ein Licht am Horizont sehen.

Die Belegschaft sieht im Zusammengehen mit dem Westen die einzige Chance, da sie selbst von Management nicht viel wissen und in einer Marktwirtschaft nicht konkurrenzfähig wären. So ist die Abfallanlage uralt und die Produktion bewegt sich auf dem Niveau eines Viertels der westlichen Produktion. Eine neue Anlage mit westlichem know-how und damit eine westliche Beteiligung erschienen als das kleinere Übel.

Niemand von den Arbeitern weiß jedoch Genaues, es gibt eine Unmenge Gerüchte und Unsicherheit. Dadurch ist der Arbeitsdruck ungeheuer gestiegen.

Zwei Drittel Veralterung

Es ist auch nicht ganz klar, gegen wen man sich organisieren soll. Gegen die Betriebsleitung? Wer das täte, fliegt eh zuerst raus. Als ersten ist die ‚Partei‘, die SED, aus dem Betrieb geflogen. Den Parteisekretär hatten alle als überflüssig empfunden. Früher gab es in jedem Betrieb einen hauptamtlichen Partei- / Gewerkschafts- und FDJ-Sekretär. Diese entschieden über Wohnungsverteilung und darüber, wer wann Urlaub nehmen durfte. Die Verwaltung machte ungefähr zwei Drittel des Betriebes aus und war viel besser organisiert als die Produktion selbst. Es gab sogar eine umfangreiche sinnlose Abteilung mit zehn Mitarbeitern, die eigens zur ‚Verbesserung der Arbeitsorganisation‘ geschaffen worden war und eigentlich von nichts Ahnung hatte.

Das Schlimmste ist momentan, daß keiner Selbstvertrauen hat, den Karten aus dem Dreck zu reißen. Niemand hält sich für kompetent, wobei die Betriebsleitung am allerwenigsten als kompetent bezeichnet werden kann.“

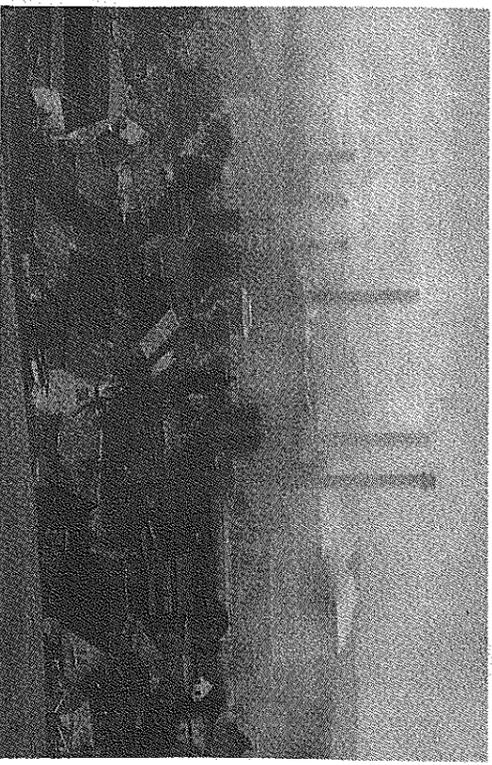
Göttingen, 7. April 1990
Wibke Möbius, Jungeschäftlerin

eine Verschärfung des geltenden Abtreibungsgesetzes zur Folge haben. Was die Mehrheit der Frauen davon hält, zeigt eine Enmid-Umfrage vom März dieses Jahres: 28% der Frauen sind für die ersatzlose Streichung des §218, 19% sind für eine Fristenlösung in den ersten drei Monaten und weitere 33% sind für einen Abbruch bei sozialer und medizinischer Indikation, 38% der SPD-Wählerinnen, 36% der CDU-Wählerinnen, 64% der Grün-Wählerinnen und sogar 51% der Rep-Wählerinnen sind für eine Liberalisierung des bestehenden Abtreibungsgesetzes (Spiegel, 2.4.90).

Die CDU und die von ihr kontrollierten Regierungen geben Millionen Steuer Gelder für Anti-Abtreibungskampagnen und Werbeblitzzüge fürs Kinderkrilligen aus. Sind die Kinder da, ist die CDU weg. Wo bleiben die Gelder für Wohnungsbau, Kindertagesstätten und Ganztagschulen? Warum wird nichts getan, damit Kinder in einer gesunden Umwelt auf-

Umweltprobleme in der DDR Weg mit dem Dreck!

Nach der Volkskammerwahl vom 18. März fanden in Leipzig innerhalb kurzer Zeit zwei wichtige Demonstrationen statt, bei denen ich den Eindruck hatte, daß viele von denen, die im letzten Herbst schon zu Honeckers Zeiten als erste demonstrierten, wieder einen Sinn darin sahen, auf die Straße zu gehen. Die Anti-Staat-Demo am 29. März forderte schonungslose Offenlegung



Braunkohlekraftwerk in Hirschfeld.

der Vergangenheit und eventueller Stasi-Mitarbeit aller Volkskammerabgeordneten. Sie war die erste größere Demo, die wieder den Karl-Marx-Platz füllte und um den Ring marschierte.

Am 2. April trafen sich knapp 10.000 Menschen zu einer Umweltdemo gegen die Ausweitung des Braunkohle-Tagebaus südlich von Leipzig. Nach der offiziellen Planung soll direkt am südlichen Stadtrand – noch ein weiteres riesiges Stück „ungegraben“ werden. Die Bürgerinitiative „Stopp Cospuden 90“ fordert die Einstellung des umweltzerstörenden Tagebaus in dieser Region und die sofortige Rekultivierung und Begrünung der von den Schaufelbagern hinterlassenen „Mondlandschaft“.

Die Demo ging von drei Treffpunkten aus: Marktleiberg, einer Gemeinde am südlichen Leipziger Stadtrand, die viel Wald und einen Baggersee an den Tagenbau hat abgeben müssen; Groß-Zschochwitz am anderen Ende des geplanten Abbau-Gebietes; dritter Treffpunkt für die über 1000 Radfahrer) war die Stadtmitte.

Die Stimmung war sehr gut, die Beteiligung viel höher, als ich zuvor gedacht hatte. Ich sah auch viele Mütter mit Kindern auf der Demo, und viele Leute am Straßenrand waren verwundert und gleichzeitig froh darüber, daß wieder so viele Leute demonstrieren. Auf dem Kundgebungsortplatz war auch erstau dort, wie viele Leute jung und alt – von den Initiativen aus den betroffenen Gemeinden im Einzugsbereich der ... schließenden ge-



Vorworts in die Vergangenheit?

wachsen können? Wo bleiben die gesetzlichen Regelungen und Gelder, die Alleinerziehenden eine angemessene Existenz sichern?

kommen waren. Die Redner stellten heraus, daß jetzt endlich der Umweltschutz ernstgenommen werden mußte. Eine Ärztin berichtete, daß im Leipziger Raum Krankheiten wie Bronchitis weit häufiger vorkommen als anderswo in der DDR. Der Demo lag auch die Befürchtung zugrunde, daß eine weitere Ausdehnung des Tagebaus den Grundwasser-

zenarten aussterben läßt. Als ich vor einigen Jahren von Berlin nach Leipzig kam, fiel mir sofort der Krass Gegensatz auf. Hier unten ist das Leben mehr auf „Durchhalten“ als auf Genuß orientiert. Man steigt hier aus dem Zug und merkt sofort die Luftverschmutzung. Manchmal erscheint es einem richtig ätzend, aber nach einer Stunde hat man sich daran gewöhnt und nimmt es gar nicht mehr wahr. Durch den Hausbrand mit schlechter Braunkohle und die chemische Industrie und Braunkohleverbrennungsanlagen hat Leipzig – obwohl es nicht in einem Talkessel liegt – oft eine extreme Smogwetterlage. Manchmal möchte man am liebsten ein nasses Tuch oder Schal vor den Mund binden. Das letzte Mal war es am 7. Dezember besonders schlimm.

Natürlich haben die Arbeiter in den Anlagen, die wegen besonders großen Dreckausstoß stillgelegt werden sollen, Angst vor der Arbeitslosigkeit. Jetzt sieht es nämlich so aus, als würden die Leute, die bisher am meisten unter dem Dreck gelitten haben, noch mit Entlassungen bestraft werden. Aber dann müssen für alle einfach andere, sichere Arbeitsplätze her.

Das Problem mit der Braunkohle wird jetzt auch als Vorwand genutzt, um den Leuten die Kernenergie schmachtet zu machen, die ja angeblich so „schön sauber“ ist. Die Umweltbewegung in der DDR ist aber komplett gegen die Kernenergie. Claudia aus Leipzig

13. Mai: Landtagswahlen in Niedersachsen Schluß mit der Skandal-Regierung!

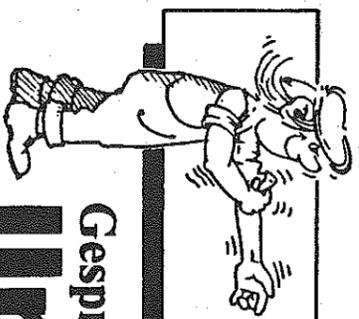
Die Regierungsperiode der Albrechts-Regierung (CDU und FDP) – in Niedersachsen ist von Skandalen gesättigt. Wird die Propaganda der Rechten ausreichen, um dieses Mal eine gesicherte Mehrheit zu ergattern? Wohl kaum.

Im Niedersachsen werden Abgeordnete besprochen, über Spielbanken wird Politik gemacht, und behaue wäre die knappe Mehrheit flöten gegangen, als ein CDU-Abgeordneter unversehens zu den Repts überließ. Der größte Skandal war jedoch die Politik der Sparbeschlüsse. Kürzungen im öffentlichen Dienst hatten vor allem den Bildungssektor schwer getroffen. Die Folge: Stellenstreichungen gegen den Widerstand von ÖTV und GEW. Die Einführung von Stundengebühren schierte nur am massiven Protest und Streik der Studenten. Daneben würde die Bemessungsgrundlage für

Bafög verschärft, elternunabhängiges Bafög gestrichen und für die Schüler der Streß durch die Abi-Deform erhöht. Aber auch in allen anderen Bereichen sieht es nicht viel besser aus: hohe Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw.

Dagegen hatte die Landesregierung keine Skrupel, 27 Millionen DM für das Evangeliar Heimrich des Löwen rauszuschmeißen und mit 100 Mio. DM fragwürdige Unternehmen zu subventionieren, z.B. Rheinmetall, Rufstungsforschung in Unterlüß.

Diese Regierung muß weg! Es reicht jedoch nicht aus, SPD zu wählen. Um dem Übel an die Wurzel zu gehen und eine Politik gegen die Unternehmer und für die einfachen Leute zu ermöglichen, müssen möglichst viele in die SPD eintreten und für eine sozialistische Politik kämpfen.



Jugend für Sozialismus...

Gespräch mit der Postgewerkschaftsjugend

Unterstützt die

Auszubildenden

bei der Post

Seit 1989 hat die Deutsche Bundespost (DBP) über 2000 Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich abgebaut. In Stuttgart werden keine KFZ-Mechaniker mehr ausgebildet. Seit Jahren wurden sie nach der Ausbildung nicht in ihrem Beruf bei der DBP eingesetzt, weil immer mehr Aufträge in diesem Bereich an private Firmen vergeben werden.

Trotz Ausbildungsplatzabbau hat die DBP Schwierigkeiten, für die bestehenden Ausbildungsplätze genügend Bewerber zu finden. Die Ausbildungsbedingungen sind nicht gerade attraktiv. Um dies zu ändern, startet die Deutsche Postgewerkschaft (DPG)-Jugend eine Berufsbildungsinitiative unter dem Motto: „Mit Verstand und Phantasie für eine bessere Zukunft“. Dieter Janssen sprach darüber mit Mitgliedern des DPG-Ortsjugendausschusses Stuttgart.

Kein Abbau, sondern Ausbau der Ausbildungsplätze! Die Ausbildungsplätze dürfen nicht in den Ämtern der großen Städte konzentriert werden. In allen geeigneten Ämtern, auch auf dem Land, muß ausgebildet werden. Die Arbeit bzw. Ausbildung muß zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt.

Alle Ausbildungen bei der DBP müssen nach dem Berufsbildungsgesetz



Die Arbeitsetzete bei der Post hat sich ver-schärft.

Schülerstreiks in Spanien

Daß sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Europas genügend Sprengstoff für Massenbewegungen von Arbeitern und Jugendlichen angehäuft hat, zeigte ein landesweiter Streik der spanischen Schüler am 22. März. Der Streiklag war von der spanischen Schülergewerkschaft SE (Sindicato de Estudiantes) angesetzt worden, um die „sozialistische“ Regierung des Felipe Gonzales daran zu erinnern, daß auch drei Jahre nach der Welle von Massenprotesten in Schulen und Hochschulen die meisten Forderungen der Jugend an ein demokratisches Bildungssystem immer noch nicht verwirklicht sind.

Die SE, die 1986 von Anhängern der marxistischen Zeitung „El Militante“ gegründet worden war, konnte auch diesmal wieder mit Forderungen nach Erhaltung und Ausbau kostenloser staatlicher Bildung, Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten und freiem und kostenlosem Zugang zu den Unis für Arbeiterkinder einen großartigen Mobilisierungserfolg erzielen: Zwei Millionen Schüler tie-

(BfG) anerkannt und so gestaltet sein, daß die Ausgebildeten später auch in anderen Betrieben und Verwaltungen eine Berufschance haben. Dies trifft heute für die meisten Ausbildungen im mittleren Dienst nicht zu. Betroffen sind vor allem Postassistentenwärter, d.h. alle Schalterbeamten und Fernmeldeassistentenanwärter.

Für die gesamte Ausbildungszeit, auch im Berufsprüfungsjahr (BGJ) muß eine Ausbildungsvergütung von mindestens 1200 DM brutto (50% der Lohngruppe IV) bezahlt werden, damit die Abhängigkeit von den Eltern überwunden wird. Zur Zeit erhalten Azubis im BGJ keinen Pfennig, im einfachen Dienst maximal 800-850 DM gegen Ende der Ausbildung. Soziale Leistungen für alle Auszubildenden!

von der Wohnung zur Dienststelle und nicht wie jetzt vom Wohnort zum Dienstort, was z.B. bedeutet: sind Wohn- und Dienstort beide in Stuttgart, gibt es keine Erstattung. Beamtenanwärter Azubis erhalten zur Zeit überhaupt keine Fahrtkostenersatzung. - Essensgeldzuschuß, noch besser wäre kostenloses Kantinenessen. Bis vor ein paar Jahren gab es noch einen Zuschuß von einer DM, dieser wurde gestrichen.

von der Wohnung zur Dienststelle und nicht wie jetzt vom Wohnort zum Dienstort, was z.B. bedeutet: sind Wohn- und Dienstort beide in Stuttgart, gibt es keine Erstattung. Beamtenanwärter Azubis erhalten zur Zeit überhaupt keine Fahrtkostenersatzung. - Essensgeldzuschuß, noch besser wäre kostenloses Kantinenessen. Bis vor ein paar Jahren gab es noch einen Zuschuß von einer DM, dieser wurde gestrichen.

Baden-Württemberg

Kampf gegen Elitegymnasium

Während in Schleswig-Holstein die Gesamtschule als Regelschule eingeführt wird, führt die Landesregierung in Baden-Württemberg eine neuartige Schulart ein - das Elitegymnasium, ein Gymnasium an, das besonders ausgewählte Schüler das Abitur schon in acht statt in neun Gymnasialjahren erreichen können.

Während in Schleswig-Holstein die Gesamtschule als Regelschule eingeführt wird, führt die Landesregierung in Baden-Württemberg eine neuartige Schulart ein - das Elitegymnasium, ein Gymnasium an, das besonders ausgewählte Schüler das Abitur schon in acht statt in neun Gymnasialjahren erreichen können.

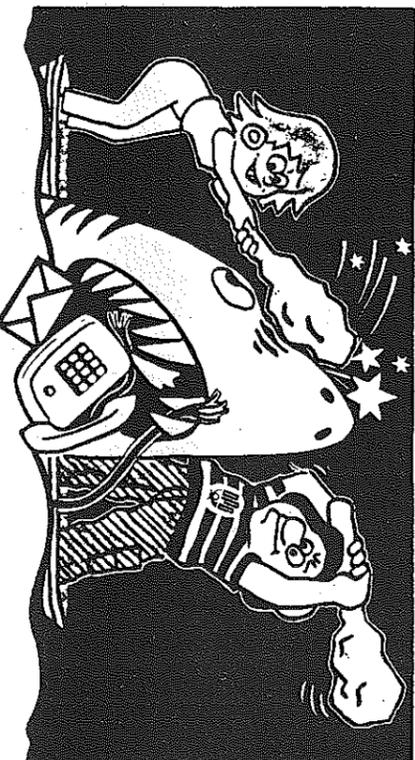
Während in Schleswig-Holstein die Gesamtschule als Regelschule eingeführt wird, führt die Landesregierung in Baden-Württemberg eine neuartige Schulart ein - das Elitegymnasium, ein Gymnasium an, das besonders ausgewählte Schüler das Abitur schon in acht statt in neun Gymnasialjahren erreichen können.

SCHÜLER-POWER
OHNE ENDE
GEGEN
EURE
BILDUNGSWENDE

Um dies zu erreichen, muß der Lehrplan für diesen „achtjährigen“ gymnasialen Bildungsgang für besonders befähigte Schüler umstrukturiert werden: Der Stoff wird gekürzt und die Fächer werden fächerübergreifend unterrichtet. Die Schüler werden in vier Leistungskursen unterrichtet und geprüft. Die vier Leistungskurse können jedoch nicht selber ausgewählt werden, sondern drei Leistungskurse

gewährleisten, fordert die DPG-Jugend in den gewerblich-technischen Berufen in der Praxis ein Verhältnis von 1:8 und bei den Dienstleistungsfachkräften von 1:5.

Die Auszubildenden dürfen nicht als billige Arbeitskräfte beispielsweise im selbständigen Einsatz mißbraucht werden. In der Berufsausbildung gab es bisher einen freiwilligen zehn Täge dauernden „selbständigen, eigenverantwortlichen Einsatz“ am Ende der Ausbildung. Jetzt gibt es Bestrebungen, diesen Einsatz um 18 nicht mehr freiwillige Tage mitten in der Ausbildung, vor allem in der Sommerzeit auszuweiten, um in der Urlaubszeit und all-gemein die Kosten für Vertretungskräfte einzusparen. Im mittleren Dienst gibt es die „praktische Bewährung“. Die Azubis müssen voll selbständig arbeiten und häften, und dies oft ohne richtige Einweisung und ohne jegliche Hilfe, z.B. allein auf einer Poststelle außerhalb. Das muß ganz abgeschafft werden. Im gewerblich-technischen Berufen erfolgt der „Berufseinsatz“ meistens nicht mit Aus-



zubildern, sondern mit normalen Fachkräften, die damit überfordert sind. Abschaffung der Abschlussprüfung, stattdessen Lernkontrollen während der Ausbildung. Keine Auslese, stattdessen Förderung lernbeeinträchtigter Azubis. Das bisherige System mit Benotung führt zu einer immer stärkeren Konkurrenz unter den Azubis. Es herrscht eine allgemeine Unsicherheit darüber, wie es nach der Dreiteilung der DBP und mit der Öffnung des Marktes zum 1. Juli 1990 weitergeht, ob z.B. alle Azubis übernommen wer-

den. Als im letzten Jahr zuerst nicht alle Fernmeldehandwerker übernommen werden sollten, fingen Diskussionen an, eine bundesweite „Hitliste“ aller frisch ausgebildeten Fernmeldehandwerker mit den besten Abschlußzeugnissen zu erstellen, um so diejenigen festzustellen, die übernommen werden.

Übernahme nach der Ausbildung im erlernten Beruf auf einem Vollzeitarbeitsplatz. '89 wurden z.B. den Fernmeldehandwerkern 24-Stunden-Verträge angeboten. Dieser Schritt in die Teilzeitarbeit (sosisigkeit) ohne Lohnausgleich wurde von uns abgelehnt. Erst durch Proteste und die öffentliche Aktion der DPG-Jugend „Wir wollen keine haben Schein!“ wurde das Bundespostministerium (BPM) so unter Druck gesetzt, daß alle Ausgebildeten einen Vollzeitarbeitsplatz erhielten.

Berufliches Fortkommen im Tarifvertragsverhältnis. Das BPM fährt eine klare Verbeantragungsstrategie. Ohne Beamtenstatus kein berufliches Fortkommen nach der Ausbildung. Das ist wie Erpressung und muß aufhören.

Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen in der Berufsausbildung. Dies ist vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes wichtig, aber auch, um das Allgemeinwissen der Azubis zu vergrößern. Die Ziele des BPM lassen sich so zusammenfassen: Ausbildung so billig wie möglich. Mit möglichst geringem Einsatz so viel wie möglich rausholen. Wir wollen dagegen eine qualifizierte Ausbildung, mit der wir nicht nur bei der DBP eine Berufschance haben.

Aus dem Juso-Verband

Misstände der Gesellschaft aufzupfeilen!

Vom 30.3.-1.4. fand in Heidenheim die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg statt, das Motto: "Unsere Freundschaft ist grenzenlos". Im Mittelpunkt standen die Ereignisse in der DDR. 1989 demonstrierten in Baden-Württemberg „Schüler, Lehrer - Hand in Hand“ unter der Parole „es gibt kein ruhiges Schwabenland“. Am 20. Februar 1989 streikten in Stuttgart und Umgebung 20.000 Schüler. Im öffentlichen Dienst protestierten in Karlsruhe am 18.3. 8000 gegen den Pflügenotstand. In Aalen demonstrierten 20.000, in Kehl allein 1500 Schüler gegen geplante Müllverbrennungsanlagen. Doch im Rechenschaftsbericht des Landesverbandes stand kein Wort davon. Die Politik des Landesverbandes fand letztes Jahr nicht in der Bewegung, sondern in Arbeitskretsen und Ausschüssen statt. Was waren laut Rechenschaftsbericht die Schwerpunkte? „Europa- und Kommunalwahlen“.

Bei den Kommunalwahlen gelang es auch, eine Reihe Jusos in die Rathäuser zu bringen. Dieser Erfolg macht Hoffnung auf konsequent sozialistische Kommunalpolitik. Doch dazu brauchen unsere Stadträte Rückhalt und Unterstützung. Hier gilt wieder die einfache Wahrheit: Eine starke Basis schaffen wir nicht in Ausschüssen, sondern nur, wenn die AGen die konkreten Probleme und Missstände öffentlich aufgreifen.

Sozialismus-Diskussion

Alle Diskussionen waren von dem geprägt, was sich in den letzten Monaten in der DDR getan hat. Viele Delegierte hielten es für fraglich, sozialistische Positionen weiterhin aufrecht erhalten zu können. Immer wieder wurde das Scheitern der bürokratischen Kommando-wirtschaft als das Scheitern der Planwirtschaft an sich hingestellt. Hier wurde das Kind mit dem Bade

Jusos Kassel

Arbeit wird behindert

Wie in der letzten VORAN zu lesen war, wurde in Kassel ein neues Unterbezirkskollektiv gewählt; dieses setzt sich mehrheitlich aus VORAN-Unterstützern zusammen. Die Wahl war ein Ausdruck und das Ergebnis lebendiger Juso-Arbeit der Arbeitsgemeinschaften Kassel-West und -Wehlheiden.

Vertreter der früheren Mehrheit (Spektrum des „Göttinger Kreis“), unter anderem Juso-Stadtvordnerte, wollten das Ergebnis der Wahlen nicht akzeptieren und boxen eine formale Anfechtung durch. Der Parteivorstand der SPD gab dieser Anfechtung statt. Der Grund: Zwei Anfechter der Wahl legten ihre eigene schriftliche Aussage vor, nach der ein SPD-Mitglied unberechtigt mitgewählt haben soll. Der Hit dabei: Eine Stimme weniger hätte nichts am politischen Wahlausgang geändert!

Die aktive Juso-Basis in Kassel ist sauer. Denn der Juso-Unterbezirk droht jetzt als solcher bis zur Neuwahl am 12. Mai handlungsunfähig zu sein. Und dies in der Phase, wo der Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche und gegen die Angriffe von Kohl und Kapital (Flexibilisierung) in vollem Gange ist.

Solche formalistischen Attacken machen die Juso-Arbeit nur kaputt. Die AGen West und Wehlheiden haben jetzt umso mehr politisch die Verantwortung, bis zur Wahl die Jusos in der Arbeiterschaft weiter bekannt zu machen und in die Kämpfe einzuzugreifen.

Frank Klohes, Kassel
Jungsozialist



AG Kassel-West auf dem Juso-Fringscamp 1988.

„Auch wir sind das Volk“

Jugendliche auf dem Juso-Pfingstcamp sagen: Dieses Jahr findet das bundesweite Juso-Pfingstcamp vom 1.-4. Juni in Nürnberg statt. Dies bietet den Jugendlichen ein umfangreiches politisch-kulturelles Programm an. Es lohnt sich, zu uns nach Nürnberg auf's Pfingstcamp zu kommen.

Gerade Jugendliche sind mehr als die anderen Schichten von den Folgen der unsocialen Politik der schwarz-liberalen Bonn-Regierung in ihren täglichen Leben betroffen; sei es in der Schule, im Betrieb, an der Uni, in der Freizeit oder beim Wohnungssuchen. Von billigen Wohnungen oder Freizeitanrichtungen träumen wir längst nicht mehr; aber die Alpträume vom Streik am Arbeitsplatz, in der Familie

oder in der Schule lassen uns manchmal keine Sekunde im Schlaf in Ruhe.

Vor einem Jahr haben wir uns - Jusos - in Saarbrücken wieder zu Wort gemeldet. Ohne uns läuft nichts! Wir wollen auch unseren Anteil und wollen unsere Zukunft, unser Schicksal selbst in die Hand nehmen; nicht nur in der BRD oder DDR, sondern in ganz Europa und letztendlich auf der ganzen Welt.

Es sind viele Themen wie Deutschlandpolitik, Osteuropa, Sozialismus, Europa/Binnenmarkt, Diskriminierung von Frauen usw. geplant. Zahlreiche Workshops, Projektgruppen, Feten, Kabarett, Video, Musik. Theater bieten eine große kulturelle Aus-



Demo auf dem Pfingstcamp 1988 in Salzgitte.

23. Mai: Streik der Zivildienstleistenden Wir wollen Verkürzung des Zivildienstes!

Besonders vor dem Hintergrund der politischen Umgestaltungen in Osteuropa rückt die Frage nach dem Sinn und Zweck von Bundeswehr und Zivildienst, nicht nur bei den direkt Betroffenen, immer mehr in den Vordergrund.

Der Gedanke, daß die Regierenden noch vor kurzen geplant hätten, den Wehrdienst auf 18, und den Zivildienst auf 24 Monate anzuhauen, kann einen heute nur noch zum Schmunzeln veranlassen.

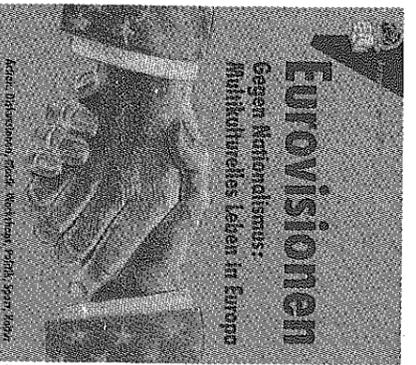
Auch wenn man den Entwicklungen im Ostblock nicht allzu naiv gegenüberstehen sollte, so kann man doch sagen, daß das Feindbild des „bösen Iwan“ nicht mehr existiert. Heute steht die Verkürzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes auf der Tagesordnung, bis hin zur vollständigen Abschaffung aller Zwangsdienste. Ein erster Schritt wäre hierbei sicherlich die Verkürzung auf zwölf Monate, wie es bereits in der DDR geschehen ist.

Die Argumentation, daß durch die Verkleinerung der Bundeswehr und den Abzug der Alliierten in strukturschwachen Gebieten wirtschaftliche Schwierigkeiten auftreten würden, wirkt lächerlich, wenn man bedenkt, wieviel Milliarden DM jährlich für den Rüstungshaushalt verschwendet werden. Mit den eingesparten Milliarden könnte diesen Gebieten sicherlich sinnvoller geholfen werden.

Auch muß man sich die Frage stellen, ob die Bundeswehr aufgrund irgendetwas Imaginären Sicherheitsbedürfnisses besteht, oder ob der Rüstungswahn nur dazu dient, Absatzmärkte für die profitiergende Rüstungsindustrie zu schaffen und den Herrschenden einen Machtapparat zu geben, der in Krisenzeiten auch gegen

EUROVISIONEN

Gegen Militarismus:
Kulturelles Leben in Europa



AG Nürnberg-Maxfeld
Juso-Pfingstcamp
Nürnberg, Stadionbad
1.-4. Juni 1990

wahl an. Beim traditionellen Fußballturnier stellt sich die Frage: Wird die Juso-Mannschaft „Partisan Stuttgart“ wieder den „Stamo-Cup“ gewinnen? VORAN wird natürlich auch dabei sein. Wir wollen vor allem die Probleme junger Arbeiterinnen und Arbeiter, von Schülern und Studenten einbringen, über Kämpfe informieren, aber auch selbst Neues erfahren von Euch, wenn Ihr kommt. Die sozialen Probleme von Jugendlichen müssen im Verband stärker als bisher aufgegriffen werden. Das Pfingstcamp wird einen Anfang machen. Deshalb müssen alle hinf!

Also, pack mal ein. Der Treffpunkt ist auch klar, bei uns in Nürnberg auf dem Camp-Gelände in Duzendteich!

Ein Juso der
AG Nürnberg-Maxfeld

VORAN-Programm für ZDL'er:

- Rücknahme der Zivildienstverlängerung; Verkürzung des Zivildienstes auf 12 Monate.
- Volle Lohnfortzahlung für Zivildienstleistende und mindestens sechs Wochen Erholungsurlaub im Jahr.
- Freie Wohnungsverhältnisse. Keine Kasernierung von ZDL'ern. Keine Umwandlung in einen Arbeitsdienst.
- Freie Wahl zwischen Wehr- und Zivildienst.
- Abschaffung aller militärischen Vorschriften, Gleichstellung aller Zivilisten mit den Arbeitern und Angestellten ihrer Dienststelle.
- Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung. Volles Streikrecht für ZDL'er. Abschaffung von Disziplinarmaßnahmen.
- Passives und aktives Wahlrecht bei der Wahl von Betriebsräten bzw. Personalvertretungen.
- Öffnung der Gewerkschaften für ZDL'er und eine gewerkschaftliche Kampagne zur Organisierung von ZDL'ern.

das eigene Volk eingesetzt werden kann.

Die Bevölkerung in der DDR hat uns gezeigt, was möglich ist. Sie hat innerhalb weniger Wochen ihr Herrschaftssystem aus den Angeln gehoben. Wir müssen uns endlich von der „Ich-kann-ja-doch-nichts-verändern“-Mentalität befreien und uns organisiert zur Wehr setzen.

Damit unser Streik ein Erfolg wird, ist es nötig, daß möglichst alle Zivildienstleistenden daran teilnehmen und sich auch an der Streikvorbereitung beteiligen. Alle ZDL'er sollten sich mit ihren Kollegen an den Dienststellen kurzschließen und eine Streikfront bilden. Das geht am Besten, wenn ihr euch an eure SO wendet. (Adresse über: Bundeszentrale der SOZ/DL, Vogelsbergstr. 17, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/4980394)

Um eine Isolation der Bewegung zu

verhindern, ist es notwendig, aus den Erfahrungen anderer (z.B. der spanischen Schülerbewegung) zu lernen und den engen Schulterschluss mit der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen (SPD und Gewerkschaften) zu suchen.

Die Forderungen des Streiks sind bei uns in Lübeck: Angleichung der Zivildienstzeit an die Zeit des Wehrdienstes; Verkürzung der Dienstzeit auf zwölf Monate; Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für Zivildienstleistende.

Juso und ZDL'er aus Lübeck
(Name der Redaktion bekannt)

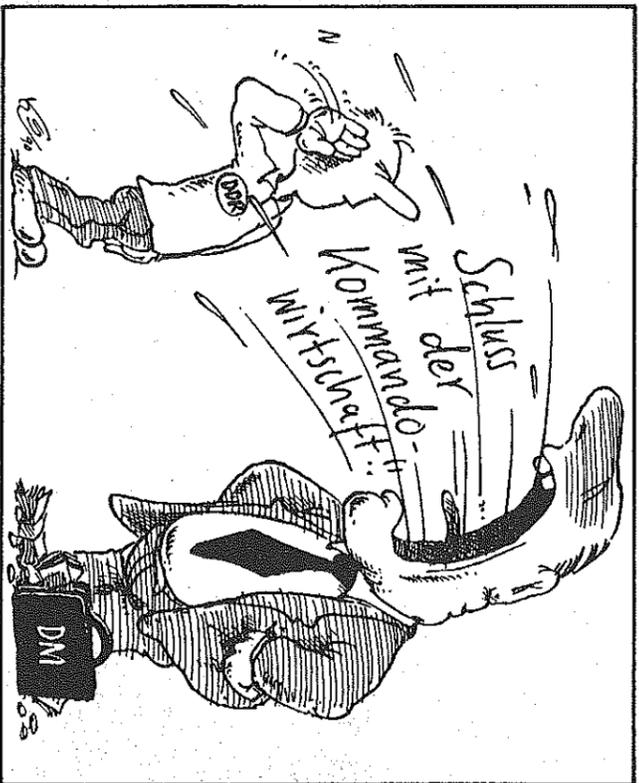
...mach' mit bei den Jusos!



Die meisten Arbeiter in der DDR sehen den einzigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere in schneller Hilfe aus der BRD. Sie fordern eine Währungsunion (im Tauschverhältnis 1:1), um ihre Einkommen und Ersparnisse für Konsumgüter in vernünftiger Qualität und Auswahl sowie für Auslandsreisen benutzen zu können. Die einzige Möglichkeit zur Effektivierung und Modernisierung der Wirtschaft scheint die Einführung der Marktwirtschaft, d.h. der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sein.

Von Seite der Kohl-Regierung und auch von SPD-Politikern wird immer wieder betont, daß die DDR-Arbeiter „einige Jahre“ (die Angaben reichen von 3 bis 10 Jahren) warten und auch Opfer bringen müßten, bis das „Wirtschaftswunder“ in ganz Deutschland

Es ist zu erwarten, daß eine Politik des „Teile und Herrsche“ angestrebt wird; Zugeständnisse an einen Teil der Bevölkerung, vor allem an die in westlichen Unternehmensniederlassungen Beschäftigten, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau für den Rest. Besonders



einsetzen würde.

Die Arbeiter sollten sich aber nicht mit Veröstlungen auf eine bessere Zukunft begnügen. Alles, was die Kapitalisten und Politiker jetzt wegnehmen, ist in Zukunft umso schwerer wieder zurückzuerbitten. Darum:

- kein Abbau der Preisbventionen ohne einen entsprechenden Ausgleich und Zustimmung der Betroffenen;
- Erhalt des kostenlosen Gesundheitswesens bei qualitativer Verbesserung;
- Kindergärten und -krippenversorgung für alle, bei besserer personeller und räumlicher Ausstattung;
- Begrenzung der Mieten auf einen Anteil von höchstens 10% vom Nettoeinkommen; Neubau und Modernisierung von Wohnungen nach Bedarf;
- keine Entlassungen ohne gleichwertige Ersatzarbeitsplätze;
- 35-Stunden-Woche für alle statt Subventionierung von Arbeitslosigkeit;
- Mindestlohn und -rente von 1000 Mark netto;
- Erhalt des Ausspernungsverbots;
- keine Währungsunion.

Wenn die Arbeiter heute sehen, daß die BRD-Arbeiter teilweise mehr reale Rechte haben, sollten sie daran denken, daß die sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechte in der BRD keine Geschenk der Unternehmer waren, sondern erkämpft werden mußten. Ohne den Aufbau starker Gewerkschaften und die Reformpolitik von SPD-Regierungen in der Vergangenheit gäbe es heute keine Grundlage für die beschönigende Propaganda von der „sozialen Marktwirtschaft“.

„Wirtschaftswunder“?

Ein „Wirtschaftswunder“ wird es nur für die Unternehmer im Westen geben. Schon jetzt gibt es große Extraprofite durch den Verkauf von Waren aus westlicher Produktion in der DDR. Die Errichtung von „Aldi“-Filialen in der DDR ist z.B. ein weiterer Schritt in diese Richtung. Kaufkraft aus der DDR wird abgeschöpft, und die direkte Folge ist, daß der Absatz der DDR-Wirtschaft weiter zurückgeht und die Betriebe geschlossen werden. Wenn Westunternehmen in Produktionsbetriebe einsteigen, werden massiv Arbeitsplätze abgebaut. Die Schaffung von austretenden Ersatzarbeitsplätzen in neuen Betrieben ist nicht abzusehen. Es geht letztlich darum, die Rosinen aus dem Kuchen zu picken und die DDR als verlängerte Werkbank zu nutzen.

Die Währungsunion ist eine Maßnahme, die die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR beschleunigt. Es kann bei ihrer Einführung einen Schub für die Konjunktur in der BRD geben. Ob für die Arbeiter in Ost und West dabei etwas abfällt, ist fraglich. Eine Folge ist in jedem Fall die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit auf dem Gebiet der DDR.

Frauen werden vom Abbau des derzeitigen Sozialsystems und dem Abbau von Arbeitsplätzen betroffen sein.

Keine Privatisierung!

Die Weltwirtschaft als Ganzes gesehen ist nach acht Jahren Aufschwung in einer labilen Lage. Und spätestens beim Einbruch einer weltweiten Wirtschaftskrise, die früher oder später auch Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätte, werden die Unternehmer den Druck auf die Arbeiter und ihre Rechte massiv verschärfen.

Deshalb bedeutet jede Privatisierung von Staatsigentum, auch in Form von Joint-Ventures mit einer maximalen

DDR Vertreter für Bürokratie

Gegen Bürokratie

britanien, wo die Post und sogar die Wasserwerke an private Profitare ver-scherbelt wurden. Es gab in beiden Bereichen massive Serviceverschlechterungen für die Masse der Kunden und verschärfte Druck auf die Beschäftigten in Form von Arbeitsplatzabbau und mehr Arbeitsetze.

Arbeiterkontrolle

„Man kann letztlich nur kontrollieren, was einem auch gehört.“ Das klingt logisch. Aber 40 Jahre lang waren die Betriebe „Eigentum des Volkes“ - ohne daß die Arbeiter auch nur mitbestimmen (wie zum Teil in der BRD), geschweige denn kontrollieren konnten. Damit muß Schluß gemacht werden. Das nur formale „Volksigentum“ muß zu wirklichem Volksigentum werden. Andernfalls werden das westliche Kapital und ehemalige Bürokraten die Wirtschaft zu ihrem Eigentum machen und kontrollieren - wieder über die Köpfe der Arbeiter hinweg.

Von zentraler Bedeutung ist der Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften und die Bildung von Betriebsräten. Sie können zu wirklichen Kontrollorganen in den Betrieben gemacht werden, die die Effektivität der Produktion und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten prüfen und verbessern. Wenn diese Aufgaben wahrgenommen werden, zeigt sich sehr schnell, wie überflüssig und sogar schädlich der größte Teil der Betriebsleitungsbürokraten eigentlich ist. Der Schritt von der Kontrolle zur Leitung und Verwaltung durch die von den Arbeitern gewählten Vertreter ist deshalb sehr kurz.



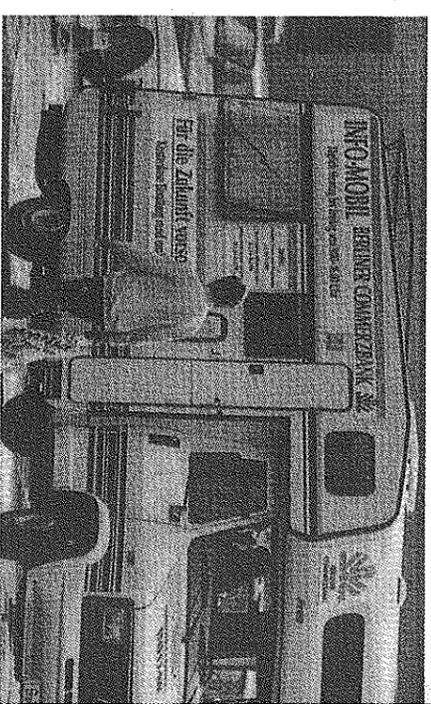
Demonstration in Ost-Berlin im März.

Fremdbeteiligung von 49%, eine Verschlechterung der Ausgangsbasis für die Arbeiter und ist deshalb abzulehnen. Nur wenn die große Mehrheit der Wirtschaft in Staatsigentum bleibt, können soziale Rechte in der DDR wirksam verteidigt werden.

Dafür sprechen auch die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung von Staatsunternehmen in kapitalistischen Ländern. Wir sehen gerade im Augenblick, wie die Vorbereitungen zur Privatisierung der Bundespost zu massiver Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt hat. Das drastischere Beispiel ist Groß-

um die DDR-Bevölkerung zu demokratisieren.

Die Bürokratie selbst, die sich jetzt zum Teil in Kapitalisten verwandeln will und immer noch in der Leitung von Saat und Wirtschaft sitzt, hat sich nie für den realen Zustand der Wirtschaft interessiert. Darum müssen sich die Arbeiter, ausgehend von ihrem einzelnen Betrieb bis hin zum Gesamtorganismus der Volkswirtschaft ein realistisches Bild der Lage verschaffen.



Die Banken wollen in der DDR absahnen - die Arbeiter haben nichts davon.

Die Bedürfnisse der Bevölkerung werden im Augenblick von westlichen Unternehmen mit Marktforschungsmethoden, wie repräsentativen Umfragen, Testverkäufen in Teilmärkten (einer Stadt oder einer Region) und Auswertung von bekannten statistischen Daten untersucht. Die Monopolisierung der Unternehmen, wie z.B. der Al-

ben und einer intakten Umwelt von den Unternehmern, die inblick die Märkte erforschen, sonders ignoriert. In diesem Blick die Feststellung der erforderlichen Maßnahmen wahrscheinlichsten - und am dring-

Planung

Auf der Grundlage der Daten über die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten und die Be-

der Menschen müßten die dann einen Produktionsplan a Die Verteidiger der Marktw behaupten, daß die Aufstellung solchen Planes unmöglich sei Anzahl der Einzelmenscheidur Ware zu kaufen oder zu verka zung. Ein Tag hat nur 24 Stun größte Teil der getroffenen dungen ändert sich nicht täglich um menschliche Grundbed handelt. Die Grundbedürfnis



Wohnung, Energie, Verkehr und Krankenversorgung änd nicht sehr dramatisch - sie leicht im Voraus berechnet we andere Konsumbedürfnisse dung, Kultur, Autos, Möbel l die ganze Gesellschaft bezog sich diese Bedürfnisse nicht vor zu Minute. Sonst gäbe es im l mus keine Marktforschung l Absatzstrategien von z.B. Aut

Die Pläne, die unter der schen Herrschaft in den letzten Jahren aufgestellt wurden, h Namen „Plan“ im Grunde r dient. Demokratische Kontrolle Flexibilität waren in keiner W ben. So kann eine geplante V nicht funktionieren. Sie bran

„Inventur“

Wenn die Arbeiter in den Betrieben die Kontrolle übernehmen, wird sich die Notwendigkeit zeigen, die Wirtschaft als Ganzes weiterzuentwickeln. Der bisherige bürokratische Planungsmechanismus ist zusammengebrochen. Wie können die Arbeiter selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen?

Der erste Schritt hierfür ist eine „Inventur“ der Wirtschaft. Die BRD-Unternehmer haben damit bereits begonnen, um die „Rosinen“ herauszufinden. In der Öffentlichkeit wird jedoch nur Katastrophenpropaganda betrieben.

Die Planwirtschaft und Kapitalisten

mokratie, wie der Körper den Sauerstoff. Die Marktwirtschaft dagegen kann auch unter einer Militärdiktatur, wie z.B. in Chile, gut funktionieren - gut für die Kapitalisten.

Arbeiter als Chef?

Unsere Vorschläge mögen einleuchtend und richtig erscheinen. Es taucht aber die zentrale Frage auf: Können die Arbeiter diese Maßnahmen in eigener Regie durchführen? Die „Bild“-Zeitung hat vor einigen Jahren einmal ein Experiment gemacht, um die vermeintliche Unmöglichkeit sozialistischer Ideen nachzuweisen: Ein Arbeiter wurde vom Fließband weggeholt und für eine Woche in den Chefessel gesetzt. Das Ergebnis war natürlich, daß der Arbeiter seine Aufgabe als Chef nicht erfüllen konnte und sich freute, wieder am Fließband arbeiten zu dürfen.

Natürlich kann kein einfacher Arbeiter auf einen Schlag die Leitung eines Betriebes, geschweige denn eines Teils der Gesamtwirtschaft übernehmen. Aber er kann Kontrolle ausüben über die Spezialisten, Ingenieure, Betriebsleiter usw., z.B. durch Betriebsräte als Kontrollorgan. Die Arbeiterkontrolle ist die Schule der Planwirtschaft. Und das ist der zentrale Punkt: Wenn die Arbeiter aktiv werden, sich um ihre Arbeitsbedingungen, die Produktion und allgemein um die Entwicklung der Gesellschaft kümmern, können sie ihre Fähigkeiten entwickeln.

Natürlich können die Arbeiter nicht auf das Fachwissen von Ingenieuren und ehemaligen Führungskräften verzichten. Aber das ist kein Problem. Die meisten dieser Leute werden sehr bereitwillig in einer Arbeiterdemokratie mitarbeiten, weil sie von ihrer sozialen Lage her nicht viel von der Masse der Kollegen trennt.



Man braucht auch in der Arbeiterdemokratie Betriebsleiter. Leitende Funktionäre in den Betrieben, in der Verwaltung, in den staatlichen Planungsorganen usw. Die Entstehung einer neuen bürokratischen Oberschicht in Wirtschaft und Gesellschaft muß verhindert werden. Darum darf es keine Privilegien, sondern nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn für Funktionäre geben. Sie müssen wählbar und jederzeit abwählbar sein. Außerdem muß erreicht werden, daß keine feste Schicht von Funktionären entsteht, sondern daß eine Rotation stattfindet. Wenn jeder „Bürokrat“ ist, dann ist keiner mehr ein Bürokrat. Dazu ist eine Verkürzung der Arbeitszeit und ein allgemein steigendes Bildungsniveau nötig.

Wenn die Arbeiter eigene Kontrollorgane bilden, die Macht in den Betrieben übernehmen und die Wirtschaft in eigener Regie führen wollen, stellt sich die Frage der staatlichen Macht. Die einzige Koalitionsregierung in der DDR, die die Wiederherstellung kapita-

listischer Verhältnisse vorantreibt, muß durch eine Regierung auf der Grundlage eines Arbeiterdemokratie und für die Verteidigung der Planwirtschaft ersetzt werden. Statt eines stehenden Heeres sollten bewaffnete Organe unter Kontrolle der Arbeiter aufgebaut werden.

Zusammengelaßt besteht die Aufgabe darin, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpft und so die im Oktober 1989 begonnene politische Revolution zum Abschluß bringt.

„Und das Geld wird abgeschafft?“

Die Verteidigung des Staatseigentums in den zentralen Wirtschaftsbereichen und die demokratische Planung durch die Arbeiter sind keine Utopie. Das heißt auch, daß das Geld zunächst seine Rolle behält. Neben dem staatlichen Sektor wird es auch einen kleineren privaten Sektor der Wirtschaft geben. Die Abrechnung und der Austausch von Gütern erfordert ein reales Preissystem und eine stabile Währung (in der stalinistische Mißwirtschaft gab es beides nicht). Durch Beteiligung am Weltmarkt kann moderne Technologie eingekauft werden. Die Devisen dafür können nur durch Exporte erwirtschaftet werden. Die Teilnahme am Weltmarkt unterliegt aber strenger Kontrolle durch das Außenhandelsmonopol des Staates.

Das Programm der Arbeiterdemokratie hat also nichts mit dem utopischen Konzept von einem „3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ zu tun, wie es viele reformistische Linke vertreten. Das Ziel ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Im entwickelten Sozialismus spielt der Markt keine Rolle mehr. Die Verteilung von Gütern läuft dann direkt nach Bedarf.

Internationale Perspektiven

Die Errichtung der Arbeiterdemokratie bedeutet jedoch nur den Beginn einer sozialistischen Entwicklung. Die internationale Ausdehnung der Revolution ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung dieses Prozesses.

Mit einer Arbeiterdemokratie in der DDR kann die Produktivität unmittelbar erheblich gesteigert werden. Die Planwirtschaft wird zeigen, daß sie die

Die Planwirtschaft ist doch offensichtlich gescheitert. Nur der Markt bietet Flexibilität und kann die Konsumentenwünsche erfüllen.“ Solche und ähnliche Argumente gehen völlig an dem Problem vorbei. In der „Marktwirtschaft“ selbst entwickelt sich das Planungsprinzip. Der Austausch von Gütern (Rohstoffen, halbfertigen Produkten, Dienstleistungen) findet innerhalb von kapitalistischen Unternehmen nach dem Prinzip der direkten Zuteilung nach Bedarf statt.

Innerhalb eines Unternehmens werden zwar Güter in Preisen gerechnet, aber diese Preise bilden sich nicht nach Angebot und Nachfrage auf einem Markt, sondern werden nach den Herstellungs-kosten berechnet. In einem kapitalistischen Betrieb arbeiten Tausende von Beschäftigten nach einem ausgeklügelten Plan zusammen.

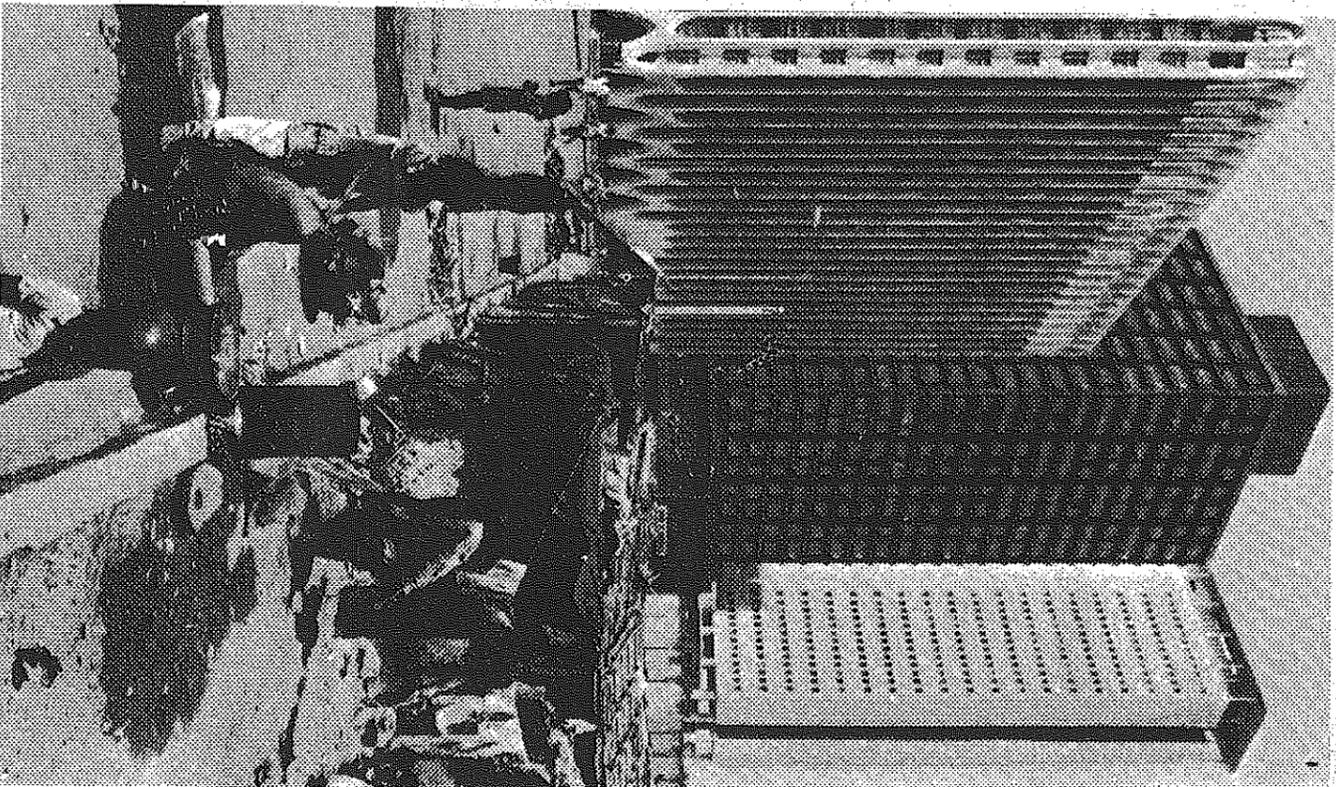
In der ersten Entwicklungsphase des Kapitalismus (bis zur letzten Jahrhundertwende) gab es noch die hochgelobte freie Konkurrenz als vorherrschendes Prinzip im Kapitalismus. Bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts ist

Markt und Plan

die Herausbildung von Monopolen zum Hauptmerkmal der Entwicklung geworden. Heute, als Ergebnis des langen Nachkriegsaufschwungs von 1948-74, haben wir einen entwickelten Weltmarkt und vor allem weltweite Arbeitsteilung. Ungefähr 500 Monopolkonzerne kontrollieren die Weltwirtschaft. Viele dieser Konzerne haben die Größe von kleineren Volkswirtschaften.

Beispiele hierfür sind Autohersteller, die ihre Teile in Betrieben überall auf der Welt verteilt produzieren und dann in einem anderen Land endmontieren. Das heißt: In Form von kapitalistischen Großkonzernen existieren Wirtschaftsrangämtern, die völlig ohne inneren Markt auskommen und offenbar sehr effektiv arbeiten. Also, was ist das Problem mit dem Kapitalismus?

Die oben dargestellte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft kann man als eine Entwicklung hin zu einer gesellschaftlichen Produktion bezeichnen. Diese Produktion im gesellschaftlichen Maßstab steht in einem schrei-



Reich und arm - das ist „Marktwirtschaft“. Wirtschaft harmonisch und effektiv entwickeln kann - im Gegensatz zum Kapitalismus ohne den Wechsel zwischen Krise und Aufschwung. Es wird eine Verbesserung des Lebensstandards

geben. Aber trotzdem geht es nicht darum, ein neues „Modell“ auszuprobieren. Die DDR-Arbeiter haben eine gesunde Abneigung dagegen, als Versuchs-

enden Widerspruch zur privaten Anteilung des geschaffenen Reichtums. Ein sehr kleiner Anteil der Weltbevölkerung, die kapitalistischen Eigentümer, steckt den größten Teil des von den Arbeitern geschaffenen Reichtums ein.

Die kapitalistischen Unternehmen stehen zueinander in Konkurrenz auf dem Weltmarkt und stützen sich dabei auf ihre jeweiligen Nationalstaaten. Der Zwang, maximale Profite zu erreichen, führt zu Angriffen auf die Masse der Bevölkerung, besonders in den unvermeidlichen Krisenperioden.

Wenn man das kapitalistische System im Weltmaßstab betrachtet - und nur diese Betrachtung macht Sinn - kann man feststellen, daß der „Markt“ eben im allgemeinen nur sehr unzureichend die „Konsumentenwünsche“ nach Arbeit, Nahrung, Wohnungen, sauberer Umwelt usw. erfüllt. Und die ungelösten sozialen und ökologischen Probleme existieren nicht nur in der „3. Welt“, sondern bekanntlich auch in der BRD, dem kapitalistischen Land mit dem höchsten Lebensstandard.

Die materiellen Voraussetzungen für die neue, sozialistische Gesellschaft sind vorhanden. Damit die im Kapitalismus entwickelte gesellschaftliche Produktion ihre Möglichkeiten entfalten kann, muß die private Anteil-

ninchen für eine „neue DDR“ erhalten zu sollen. In den Grenzen der DDR lassen sich die Probleme nicht vollständig lösen. Im Umweltbereich wird dies am deutlichsten. Darum kann die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiter in der DDR nur der erste Schritt sein. Dies wäre ein Beispiel und eine grobe Ermunterung für die Arbeiter in Ost und West und somit eine Bedrohung für die Herrschenden.

Deutsche Frage

Besondere Bedeutung hat die Tatsache, daß die andere Hälfte Deutschlands aus der BRD, der drittstärksten kapitalistischen Macht besteht. Da die Arbeiter sich bisher schon an der BRD orientieren, liegt es nahe, sich an die westdeutschen Arbeiter, die Gewerkschaften und die SPD zu wenden, um Unterstützung zu bekommen.

Auch wenn in der BRD „nicht sofort die Revolution ausbricht“, wird es zumindest möglich sein, Druck auszuüben, damit wirtschaftlich geholfen wird, günstige Kredite gegeben werden usw. Drohen z.B. Arbeitern aus einem Betrieb oder einer Branche in der BRD Entlassungen wegen Überproduktion, kann eine DDR-Arbeiterregierung gemeinsam mit den Belegschaften und Gewerkschaften einen Plan für günstige Lieferverträge mit der DDR ausarbeiten. Die Unternehmer hier könnten sich dann nicht mehr mit Absatzschwierigkeiten rausreden. Bedrohte Arbeitsplätze könnten gerettet werden.

Diese Maßnahmen stellen einen Angriff auf das Kapital im Westen dar und können mobilisierend auf die BRD-Arbeiter wirken. Das Kapital wird sich dagegen wehren, den Aufbau einer sozialistischen Demokratie mitzunehmen. Die Frage von Arbeiterkontrolle und Brechung der Kapitalmacht wittert sich auch im Westen stellen. „Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland“ könnte die Parole sein, um die politische Revolution im Osten mit der sozialen Revolution im Westen zu verbinden.

Nur durch die internationale Ausdehnung der Revolution könnten die Errungenschaften einer siegreichen Revolution in der DDR abgesichert werden. Die politische Revolution in der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten muß zum Auftakt für die weltweite sozialistische Revolution und den Aufbau einer weltweit geplanten Wirtschaft werden, die notwendig ist, um den Fortbestand unseres Planeten zu sichern.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

nung des geschaffenen Reichtums besiegt werden. Das bedeutet zunächst die Verstaatlichung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen und die Errichtung einer demokratisch geplanten, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Produktionsweise im Weltmaßstab.

Was heißt das für die DDR? Nach dem zweiten Weltkrieg wurden nach der Besetzung durch die rote Armee stalinistische Diktaturen in ganz Osteuropa aufgebaut. Alle Ansätze von Arbeiterdemokratie und unabhängigen Organisationen der Arbeiter wurden im Keim erstickt.

Trotz alledem war die Abschaffung des Kapitalismus in Ostdeutschland nach 1945 und die Errichtung einer geplanten Wirtschaft ein historischer Fortschritt für die Arbeiter. Es gibt keine Privatunternehmer mehr, die enteignet werden mußten. Deshalb ist in der DDR der Aufbau einer Arbeiterdemokratie relativ leicht möglich, wenn sich die Arbeiter erst einmal für diesen Weg entschieden haben. Eine Wiederherstellung des Kapitalismus in der DDR und auch die ersten Schritte wie Währungsunion und Privatisierung von Staatsunternehmen würden diese Aufgaben erschweren. Sie wären ein historischer Rückschritt - aber nicht das Ende der Geschichte.

Kurdistan

Ein Volk wird unterdrückt

Weltweit gibt es ca. 25 Mio. Kurden. Ihre Existenz wird von den meisten Staaten geleugnet. Seit Jahrhunderten kämpfen sie gegen das Joch der Unterdrückung und der Ausbeutung. In dieser Zeit fanden Revolutionen für ein unabhängiges Kurdistan statt, die fast alle blutig unterdrückt wurden.

Am 16. März 1988 bombardierten irakische Bomber die kurdische Stadt Halabja mit Giftgas. Dabei wurden 5000 Menschen getötet und ca. 7000 verletzt. Von den Verletzten ist bis heute die Hälfte an den Nachwirkungen gestorben. Man konnte im Fernsehen sehen, wie die Opfer nach dem Angriff aussahen. Die Menschen erlitten einen qualvollen Tod.

Als der Irak mit dem Iran im August 1988 den Waffenstillstand vereinbarte, wollte der Diktator Iraks, Sad-Dam Hisssein, endlich die Kurdenfrage lösen. Den größten Teil der Armee verlegte er dorthin, wo im Irak die Kurden leben. Als ein praktisches Beispiel seiner Greuelthaten ist der Giftgasanschlag auf Halabja zu nennen.

Im selben Monat, als der Waffenstillstand erklärt wurde, wurden auch andere Städte, die eine Einwohnerzahl von ca. 22.000-120.000 hatten, dem Erdboden gleich gemacht. Nach diesem Anlag eines Völkermordes, wie ihn auch die Armenier seit 1915 hinter sich haben, flüchteten Hunderttausende in die Türkei. Da die Türkei wie der Irak und auch der Iran die Kurden unterdrückt, wollte sie die kurdischen Flüchtlinge nicht aufnehmen. Daraufhin gab es internationalen Druck, wodurch sie trotzdem zur Aufnahme gezwungen wurde.

Politische Interessen spielten hier eine große Rolle. Die Türkei möchte seit Jahren in die EG. Um ein Beispiel zu nennen, daß sie human ist, haben sie die Flüchtlinge aufgenommen, aber wir werden gleich erfahren, daß die Türkei überhaupt nicht human ist.

Türkei gegen die Flüchtlinge

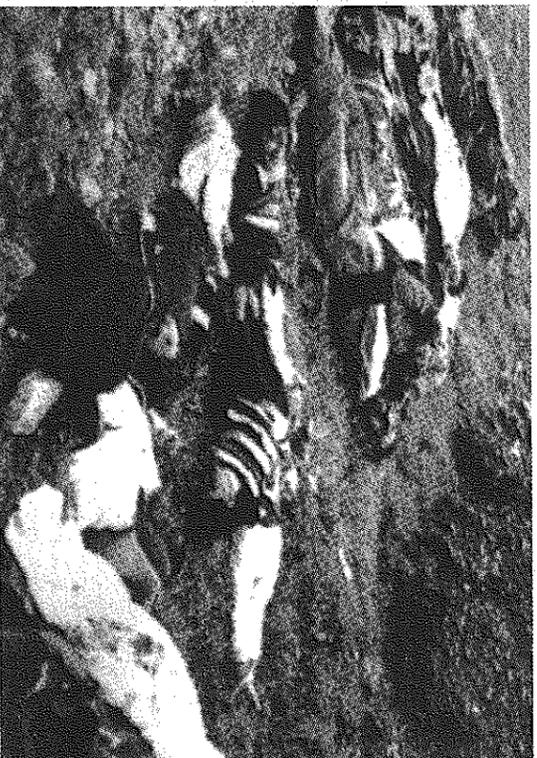
Nachdem die Flüchtlinge in der Türkei ankamen, wurden sie in Lager gesteckt, die von der Türkei „Übergangslager“ genannt wurden. In einem Zeit (in den Lagern), wo 5-6 Menschen hineinpassen, „wohnen“ jetzt 15-18 Menschen. Zuerst waren es

sen der Unternehmer. Wegen Kapitalinteressen stirbt bald ein Volk. Und darüber ist sich die Regierung auch bewußt.

Kurden in der Türkei

Nach Paragraph 142 des türkischen Strafgesetzbuches ist das Sprechen der kurdischen Sprache in der Türkei strengstens verboten. Als Grund für die Haftstrafen, die zwischen 5 und 12 Jahren liegen, wird das Schwächen der nationalen Gefühle der Türken als Argument dargelegt.

Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980, der von dem General Kenan Evren durchgeführt wurde, hat sich die Unterdrückung noch verstärkt. Die herrschende Klasse in der Türkei unterdrückt nicht nur die Kur-



Von türkischen Sicherheitskräften ermordete Kurden.

den, sondern auch andere Minderheiten, wie z.B. die Armenier, Christen, Tscherkessen usw.

1988 waren 39.885 Asylbewerber in der BRD aus der Türkei. Die meisten davon waren Kurden. Diese Zahl beweist auch zugleich die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Um einige Beispiele zu nennen: Einem elfjährigen Jungen droht die Todesstrafe, weil er ein Bild von Lenin in seinem Zimmer hängen hatte. Erdal Eren, ein junger Kommunist, wurde im Alter von 19 Jahren erhängt.

Im Jahr sterben hunderte von Menschen von den Nachwirkungen der Folter, die sie in der Haftzeit erleiden mußten. Fikri Sönmez, Bürgermeister von Fatsa (einer Stadt im kurdischen Teil der Türkei) starb im Mai 1985 an den Folgen der Folter. Im Osten, wo die Kurden in der Türkei leben, sind die größten Gefängnisse und auch die größten Folterkammern. Im Gefängnis von Diyarbakir sind Fälle bekannt, wo die Häftlinge aufgefördert wurden, ihren eigenen Kot zu essen.

Die Kurden sind in der Türkei in einer schweren Situation. Die Kinder, die in der Türkei nur die kurdische Sprache lernen, haben es besonders schwer im Leben. Wer kurdisch spricht, wird - wie schon gesagt - in Haft genommen und gefoltert. Kurden, die nur kurdisch sprechen, können sich nicht vor Gericht, wenn sie angeklagt sind, verteidigen, weil das Sprechen der kurdischen Sprache verboten ist.

Jeder Mensch, der in der Türkei politisch betreibt, wie z.B. die kurdischen Organisationen, Zeitungen oder Parteien, die die kurdische Unabhängigkeit fordern, wird verhaftet und gefoltert, manche auch getötet. Fast jeder politisch organisierte Mensch in der Türkei hatte schon mal was mit der Folter zu tun. Die Existenz der ca. 15 Millionen Kurden in der Türkei wird geleugnet. Die Kurden werden als Bergtürken bezeichnet.

1936 wurden in Dersim (heute Tinnali) tausende Kurden verbrannt, weil sie sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung erhoben haben. Ganze Dörfer wurden vernichtet, die Einwohner getötet. Dieses Ereignis ist in der Weltöffentlichkeit nicht bekannt. Viele Kurden hatten damals das gleiche Schicksal wie die Juden im 3. Reich.

Freiheit erlangt haben und die Ketten der Ausbeutung und Unterdrückung gebrochen haben. Wenn wir das Militär im Osten der Türkei sehen, wird die Schwerkraft der Kurden sichtbar. Es ist schwer, Politik zu betreiben, d.h. die Revolution voranzutreiben, wenn der Staatsapparat militärisch so stark ist wie der türkische.

Der Kampf der Kurden für ihre Selbstbestimmung ist hundert Mal gerechtfertigt. Doch er ist nur mit der Hilfe der türkischen Arbeiter zu gewinnen. Wir brauchen für die Befreiung der Kurden die sozialistische Revolution in der Türkei, im Iran und dem Irak. Auch an die syrischen Arbeiter müssen wir appellieren, die bürokratische Herrschaft in ihrem Land zu stürzen.

Revolution müssen gelöst werden, indem die Arbeiterklasse in der Türkei die politische Macht erobert, d.h. durch eine sozialistische Revolution. Ähnlich war es in Rußland 1917, als Lenin und Trotzki erkannten, daß die Februarrevolution nicht ausreichte, sondern die Arbeiter zum Oktober übergehen mußten, erstens um sich die Kapitalisten vom Hals zu schütten und den Krieg zu beenden, aber auch, um die Großgrundbesitzer zu enteignen und den Nationen das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Noch fehlt in der Region die Partei, die die Massen zur sozialistischen Revolution führt. Dabei ist die Masse unzufrieden und besitzt einen Haß auf das bestehende System. Die maosistische PKK entfremdet mit ihrer Methode des Guerillakampfes das kurdische Volk von den Arbeitern der anderen Nationen und richtet großen Schaden an.

Appell

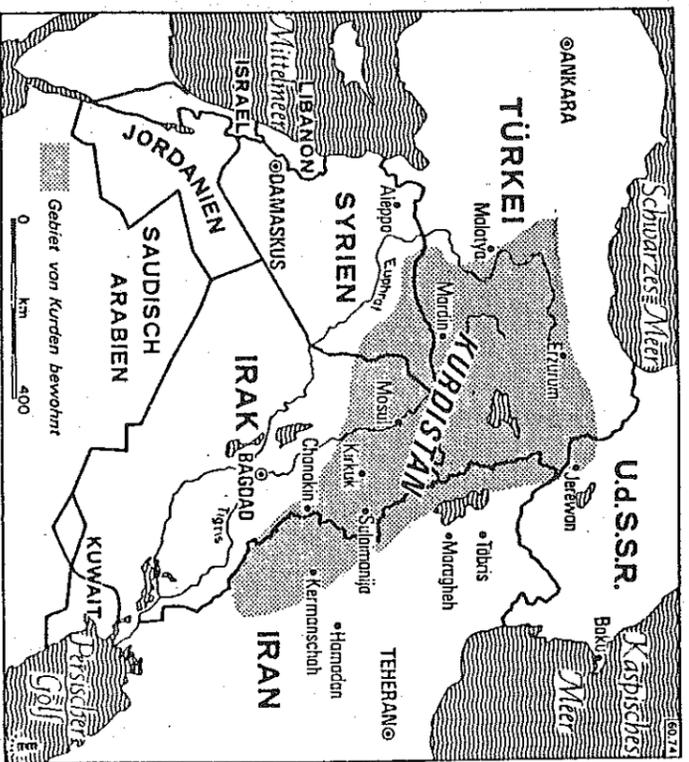
Kurdistan und die Kurden fordern und kämpfen seit Jahrhunderten für ein freies und unabhängiges Kurdistan. Seit Jahrhunderten wurden alle Aufstände und alle anderen Bewegungen unterdrückt und von den Feinden blutig niedergeschlagen. Doch keine Waffe hat die Kurden zum Schweigen gebracht. Kein Feuer hat sie verbrannt. Ihr Schrei hat einlanges Echo. Sie haben gelernt, mit der Angst zu leben.

Jeden Moment sind die kurdischen Bauern vorbereitet, von türkischen, irakischen oder iranischen Armeen angegriffen zu werden. Wir, als Kurden, bitten die Arbeiterklasse in der BRD und ihre Organisationen - SPD und DGB - und die Arbeiterklasse überall auf der Welt, den Unabhängigkeitskampf der Kurden zu unterstützen. Wir dürfen nicht zusehen, wie ein ganzes Volk getötet wird.

D. Z. und S. A., Köln



Demonstration in Kurdistan.



100.000 Flüchtlinge. Jetzt sind es nur noch 36.000 Flüchtlinge, die übrig geblieben sind. Ihre Lage ist so schlecht, daß die Mehrheit zurück zum Irak oder zum Iran gegangen sind. Die Flüchtlinge, die in den Irak zurückkommen, sind in Todesgefahr oder schon von irakischen Soldaten getötet worden.

In den türkischen Lagern sterben täglich ungefähr 30-40 Kinder und Säuglinge. Die Körper der Menschen können die Kälte, die im Winter in der Türkei herrscht, nicht aushalten. Es fehlt an warmer Kleidung. Die dünnen Zeitwände können gegen die Kälte auch nichts tun. Die Flüchtlinge in den Lagern sind von der Außenwelt abgeschnitten. Die Lager sind mit

schlägen, von der Bundesgrenzschutztruppe GSG 9 ausgebildet werden (nach dem Bericht der ARD-Sendung „Weltspiegel“ vom 16.4.90).

Um in den Irak zurückzukommen: Die C-Waffen, die gegen das kurdische Volk eingesetzt werden, werden von den Firmen aus der BRD gebaut oder geliefert. Natürlich freuen sich wiederum die Unternehmen.

Als die Grünen im Bundestag über die Kurden sprachen und Hilfe für sie forderten, wurde dies von den anderen Parteien im Bundestag direkt abgelehnt. Der Grund ist: Wenn die BRD die Kurden unterstützen sollte, würde sie ihre Waffen nicht an die Türkei und an den Irak verkaufen können. Die BRD ist sich voll und ganz bewußt daß die Unternehmer Waffen

Internationale Notizen



Puerto Rico

Der größte Generalstreik in der Geschichte der amerikanischen Inselkolonie Puerto Rico fand am 28. März statt. 150.000 Arbeiter demonstrierten in der Hauptstadt gegen die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft. Die Regierung reagiert mit dem Einsetzen eines „Notstandsplans“, der u.a. den Einsatz der Nationalgarde ermöglicht.

Griechenland

Nach dem dritten Versuch in zehn Monaten hat die rechtsgerichtete „Neue Demokratie“ bei den Wahlen in Griechenland nur einen knappen Sieg davongetragen. Mit 150 plus einem unabhängigen Abgeordneten hat sie jetzt zwar die absolute Mehrheit der 300 Abgeordneten. Bei dem prozentualen Anteil liegen die Linken (PASOK, „Bündnis der Linken“ u.a.) aber weiter vorn.

Niederlande

In den Niederlanden kam es am 17. April erstmals zum Streik gegen die Verlängerung der Ländeschlußzeiten um eine halbe Stunde an Wochentagen und eine Stunde am Samstag. Bisher schließen die Geschäfte in der Woche um 18.00 Uhr und am Samstag um 17.00 Uhr. Die ganztägigen Streiks sollen noch ausgedehnt werden.

Südkorea

Die Regierung Roh in Südkorea hat eine Reihe neuer Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in Kraft gesetzt. Im Vorfeld der Frühjahrsohrnrunde wurden bereits über 1000 kämpferische Gewerkschafter unter den verschiedensten Vorwürfen festgenommen.

Großbritannien Der Kampf gegen die Kopf-Steuer

Mai 1989: Seit einem Jahrzehnt ist eine der reaktionärsten Regierungschefs West-Europas im Amt. Auf die Frage „Was ist Ihre größte Errungenschaft?“ antwortete Thatcher sofort: „Die Begrabung der Marxisten.“

31. März 1990: 250.000 Unterstützer der Anti-Poll-Tax-Bewegung marschieren unter marxistischer Führung durch London und Glasgow, um den Thatcherismus zu begraben.

Diese riesige Demonstration - die größte seit über 50 Jahren - ist ein Meilenstein in der britischen Geschichte. Denn hinter den 200.000 auf der Demo in London und den 45.000 in Glasgow stehen Millionen, die die Grenze der Legalität überschritten haben, in der größten Kampagne des zivilen Ungehorsams, die es in Großbritannien je gegeben hat.

Bis zu acht Millionen Menschen sind bereit, die neue Kopfsteuer zu boykottieren, und zwar nicht nur Aktivistin der Arbeiterbewegung und radikale Jugendliche, sondern gerade auch die sogenannten „Normalbürger“ einschließlich vieler (Ex-)Tory-Wähler in Süd- und Mittelengland.

Die Mobilisierung für die Demonstration spiegelt die Breite dieser Bewegung sowie die Wut und Empörung in der Bevölkerung wider. Aufgrund dieser Stimmung kann die Strategie des illegalen Steuerboykotts siegen, solange sie mit Entschlossenheit geführt und gut organisiert wird.

Pessimismus schadete

„Nicht so!“, meint die Führung der Labour Partei jedoch. Labour-Abgeordneter Harry Barnes: „In Anbetracht der Tatsache, daß der Steuer-

Stimmen zur Anti-Poll-Tax- Bewegung

Margi Clarke (Schauspielerin, Hauptrolle im Film „Brief an Brezhnev“): „Ich finde es toll, daß „Militant“ es organisiert hat. Ich habe mehrere Sachen unterschützt, z.B. Greenpeace. Aber diese Kampagne braucht eine Speerspitze, und das ist „Militant“.“

Tony Bevan (linker Labour Abgeordneter): „Wenn wir zusammenhalten und einander unterstützen, sind wir unbesiegbar.“

Maureen Reynolds (Kassiererin der Anti-Poll-Tax-Federation) bemerkte, daß diese die größte Bewegung von Frauen aus der Arbeiterklasse in diesem Jahrhundert ist.

George Galloway (Abgeordneter): „Manch einer meint, es sei falsch, daß ein Abgeordneter Bürger auftritt, gegen das Gesetz zu verstößen. Ich sage, dieses Gesetz ist ungerecht, und es gibt eine stolze Tradition des Widerstandes gegen ungerechte Gesetze.“

Fährenunglücke

Wieder einmal haben Hunderte von Menschen ihr Leben bei einem Fährenunglück verloren, weil die Sicherheit auf See erst an die zweite Stelle nach den Profitten gestellt wurde.

An die 200 Leute kamen ums Leben, als die in dänischem Besitz stehende „Scandinavian Star“ auf der Fahrt von Dänemark nach Norwegen Feuer gefangen hatte. Die Fährenbesitzer waren schnell dabei, Brandstiftung für das Feuer verantwortlich zu machen. Aber das hilft kaum, die Aufmerksamkeit von den Anschuldigungen abzulenken, daß es ernsthafte Mängel in der Sicherheit gab. Wenn sich diese als wahr herausstellen, ist das Verhalten des Fährenunternehmens nur noch als kriminell zu bezeichnen. Passagiere haben das Schiff als Totgestalt beschrieben. Viele haben erzählt wie der Einsatz...

Kein Alarm

Die Besatzung schien völlig unvorbereitet für einen solchen Notfall zu sein. Passagiere erzählten, daß sie ke-

Demo am 31. März in London Wie Gewalt aufkommt

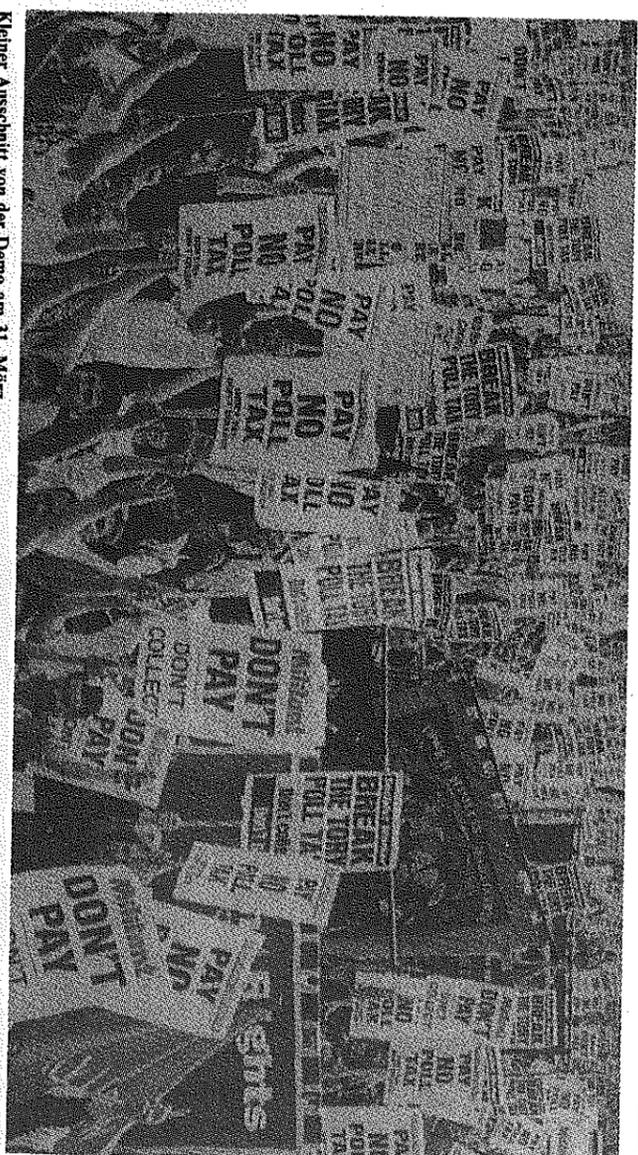
Die Parteilichkeit und offene Feindseligkeit zeigte die Presse und die Polizei dadurch, daß sie die ungläubliche Zahl von 30.000 Demo-Teilnehmern angab. Wie ist es denn zu erklären, daß, als der Trafalgar Square (Kapazität 70.000) schon voll war und die Schlagkündigung anfing, immer noch Tausende den Anfangspunkt der Demo verließen?!

Da diese Lüge also nicht überzeugte, blieb allen Gegnern nichts übrig, als sich auf die Ausschreitungen nach der Demo zu konzentrieren. Sie versuchten damit, von der politischen Bedeutung dieses Erfolges abzulenken: Marxisten organisierten eine Massendemo gegen das Gesetz und sie endeten in der größten Ausschreitung in London - seit Jahrzehnten. Alles paßt prima ins Bild. Aber wie sieht es wirklich aus?

Es stimmt, daß es Gewalt und Rowdium von einer kleinen Minderheit gab, hauptsächlich von verarmten Ju-

gendlichen, die nichts zu verlieren hatten. Aber wessen Politik ist denn dafür verantwortlich, daß diese Jugendlichen zuschlagen? Es gibt 70.000 obdachlose Jugendliche allein in London! 17 Millionen Menschen werden von Thatcher zu Armut und Elend verurteilt. Viele Versuche, die Zustände zu ändern, werden mit Polizeiknüppeln beantwortet. Ist es wirklich überraschend, daß viele Jugendliche an den Luxusläden der Yuppies im Londoner West-End ihre Wut rausgelassen haben?

Marxisten sind gegen solche zivilen Aktionen, die Ausdruck des Frustrations sind. Sie wollen die Arbeiter und Jugendlichen in einer mächtigen Massenbewegung organisieren und veranlassen die Unterstützung der Labour Partei und der Gewerkschaften. Aber die Ablehnung der Labour-„Führung“, diese Bewegung zu führen, macht solche Ausschreitungen unvermeidlich. Wenn der Labour- und der



Kleiner Ausschnitt von der Demo am 31. März

Gewerkschafts-(TUC-)Vorstand zur Demo aufgerufen hätten, während eine Million gekommen. Wenn der TUC einen Ordnungsdienst organisiert hätte, wäre keine Gewalt aufgekomen. Die Kopfsteuer und Thatcher wären schon erledigt.

Der Hauptverantwortliche für die Gewalt ist die Polizei. Mit ungeheurer Brutalität gallopierten berittene Polizisten in die Menge. Frauen mit Kindern, Rentner, auch Journalisten wurden mit Schlagstöcken angegriffen. Polizeiwagen („Tanks“) führen wiederholt mit 70 km/h Geschwindigkeit direkt in die Demo hinein.

Es gab eine politische Entscheidung, Gewalt zu provozieren, um die Anti-Poll-Tax-Bewegung zu diskreditieren. Aber wie Meinungsfragen nachher zeigten, war dies ein Schund in den Olen - die meisten Briten machen die Thatcher-Regierung für die Gewalt auf der Demo verantwortlich.

Feuerwehrmann, John Steele, der bei der Rettung von Passagieren bei einem Feuer auf einer anderen dänischen Fähre im letzten Jahr mitgeholfen hatte, sagte, daß seine Empfehlungen ignoriert wurden. Er hatte von 20 Feuer- und Sicherheitsproblemen berichtet, aber nach seiner Untersuchung wurden keine Sicherheitsauflagen gemacht.

Gewerkschaftskontrolle

Die Reedereien wenden sich zunehmend der Praxis der „Ausflagung“ (Registrierung der Schiffe in anderen Ländern) zu. Sie wollen Sicherheitsinspektionen und Vorschriften ihres eigenen Landes vermeiden und Kosten senken, indem sie nicht gewerkschaftlich organisierte fremde Besatzungen

gewinnen können. Sie sind von der Wirklichkeit Lichtjahre entfernt. Heute führt Labour in den Meinungsumfragen mit 54%, während die Tories auf 32% gesunken sind!

„Illusionen zerstört“

Vor einem Jahr, als die meisten Labour-Führer in tiefster Depression alle Hoffnungen auf einen Wahlsieg aufgeben, und der Vorsitzende Kinnock die letzten sozialistischen Prinzipien der Arbeiterbewegung über Bord warf, schrieb Peter Taaffe (Militant-Redakteur): „Das Bewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse wird nicht durch Propaganda oder Ideologie geändert. Erfahrungen und große Ereignisse, die in Großbritannien bald kommen, werden die Illusionen von Millionen in den Kapitalismus und seinen politischen Ausdruck, den Thatcherismus, zerstören. ... Das wird wiederum zu einem massiven Zulauf zu den Gewerkschaften und zur Labour Party führen ...“

Internationale Solidarität

„Maggie, Maggie, Maggie - out, out, out!“, wird zur Zeit nicht gerade selten gehört - aber mitten in Köln? Doch am ersten Tag der Einführung der Kopfsteuer machten einige Jusos und Mitglieder anderer Jugendorganisationen einen Protest vor dem British Council. Plakate aus London sowie Anti-Poll-Tax-Lieder auf Englisch und Deutsch sorgten für Aufmerksamkeit. Flugblätter wurden verteilt und Unterschriften am Infostand gesammelt. Zuvor hatte der Kölner Unterbezirk der Jusos der Kampagne der Anti-Poll-Tax-Federation seine Solidarität ausgesprochen.

Alle Berichte zum Kampf gegen die Kopf-Steuer von Brent Kennedy, SPD-Mitgl.

Kopf-Steuer

Nach dem „Poll-Tax“-Gesetz sollen nun alle erwachsenen Einwohner, völlig unabhängig vom Besitz oder Einkommen, eine gleich große Steuer zahlen. Die Höhe der Steuer wird von den Gemeinden selbst festgesetzt, dabei wird aber die Gemeinde verpflichtet, „kostendeckend“ vorzugehen. Gleichzeitig werden die Geldzahlungen der Regierung an die Gemeinden häufig gekürzt. Das Ergebnis ist, daß der Lord X., der mit Gattin ein ausgedehntes Schloß bewohnt, künftig statt vieler tausend Pfund nur noch einige hundert zahlen muß, daß aber eine Arbeiterfamilie, die mit zwei erwachsenen Kindern in einer städtischen Sozialwohnung lebt, nun plötzlich von Null auf den vierfachen Steuersatz (für vier Köpfe kann das weit über 1000 Pfund oder 3000 DM pro Jahr sein!) kommt. Dieser dreiste Griff ins Portemonnaie schmerzt aber alle Durchschnittsverdiener, auch Jugendliche, Allinerziehende, Rentner und alle, die wenig bezahlt bekommen, werden besonders hart getroffen.

Die „Scandinavian Star“ war auf den Bahamas registriert, wo keine Sicherheitsprüfungen durchgeführt werden. Die neuen Schiffsseiger mußten nicht einmal die dänischen Behörden informieren, als sie das Schiff auf die norwegische Route brachten. Die Behörden müssen selbst nach dem Schiff suchen.

Die skandinavischen Seefahrergewerkschaften fordern ein Ende der Ausflagung, damit eine vernünftige Ausbildung der Besatzungen und regelmäßige Inspektionen gewährleistet sein können. Dies sollte von den Gewerkschaften international unterstützt werden. Internationale Gewerkschaftssolidarität und eine Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation billiger Arbeitskraft und die Sicherheitsfahrten auf See besitzigen.

Von unserem Korrespondenten Arne Müller, Mitarbeiter der

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Zu VORAN 2/90 - „Nieder mit der Bürokratie“
 Sehr geehrte Damen und Herren, als aktiver Sozialdemokrat habe ich VORAN bisher als ein konkurrierendes linkes Gruppchen betrachtet. Nach Lektüre des Artikels von Herrn Ölinger bin ich jedoch zu dem Ergebnis gekommen, daß ich mit dieser Einschätzung einen gewaltigen Bock geschossen habe.

Nicht nur die Schlagzeilengroße, sondern auch der Inhalt (sieht man von einigen Phrasen ab) lassen viel mehr eine deutliche geistige Verwandtschaft zur Bildzeitung erkennen. Der bevorstehende Angriff auf soziale Besitztümer der DDR-Bewölkerung und die Abwehrmöglichkeiten der Arbeiterbewegung scheinen Herrn Ölinger nicht weiter zu interessieren. Nein, die restlose Vernichtung der ohnehin entmachteten SED/PDS ist die mit fanatischem Eifer vorgetragene Hauptparole.

Psychologisch mag es verständlich sein, daß Ölinger nach Jahren eigenen politischen Mißerfolgs auch mal mit zu den Siegen getreten möchte. Merkt er aber wirklich nicht, daß er sich zum Lakai derjenigen macht, die mit der Lösung „Rote raus“ die Jagdsaison in der DDR auf Linke jegweder Couleur eröffnet haben?
 Mit freundlichen Grüßen
 Uwe Haß, Köln

Antwort der Redaktion:

Lieber Genosse Uwe,
 der Artikel, den Du kritisierst, stellt eindeutig drei Punkte in den Vordergrund. Erstens: Für den Sturz der bürokratischen Herrschaft in der DDR. Die SED/PDS ist nicht Bestandteil der Arbeiterbewegung wie die frühere KPD, sondern seit Anfang der 50er Jahre das organisierte Zentrum der Bürokratie, die sich über die Arbeiterklasse erhoben und jede unabhängige Arbeiterorganisation zerschlagen hat. Zweitens: Für die Machtübernahme der Arbeiter mittels eigener Organe. Wir können uns nicht erin-

nern, daß die BILD-Zeitung einmal für Arbeitermacht in der DDR eingetreten ist. Drittens: Die Parole der „Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland“, weil die Unternehmer die Situation nicht verbessern, sondern verschlechtern werden und sich daraus die Notwendigkeit ergibt, gegen prokapitalistische Politik in der DDR und gegen den Kapitalismus in der BRD zu kämpfen.

Wir möchten Dich ausdrücklich ermuntern, einen nächsten Leserbrief zu schreiben, in dem Du eine sozialistische Antwort auf die heutigen Fragen darlegst. Viele Linke auch bei den Juris haben die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR (wenn auch „sozial“) akzeptiert. Wir nicht!
 Die Redaktion

Hallo „VORAN“,

ich habe Eure März-Ausgabe auf dem Soli-Treffen der IG Metall in Dortmund in die Hände bekommen. Ich muß sagen, ich war schon überrascht, daß es in der BRD eine Zeitung gibt, die in ihrer Überschrift sowohl das Wort „marxistisch“ als auch das Kürzel der Volkspartei SPD druckt. Das paßt ja zusammen wie Feuer und Wasser.

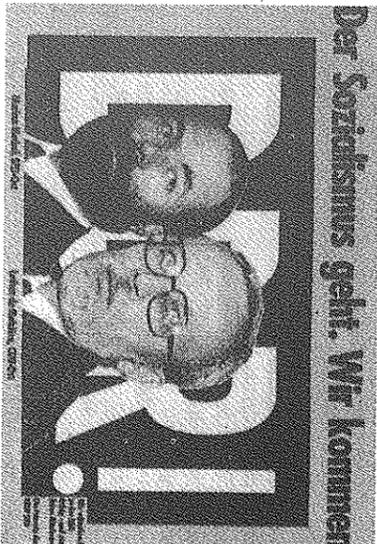
das es bei uns, trotz der Ereignisse in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten, immer noch Leute gibt, die sich zu einer sozialistischen Idee bekennen. Ich denke jedoch, wenn Ihr auf den Ausdruck „marxistisch“ verzichten würdet würdet Ihr noch mehr Leute erreichen, die grundsätzlich für die Umsetzung einer sozialistischen Demokratie sind, sich jedoch von eben diesem Wort abschrecken lassen, da ja leider Marxismus ein Synonym für kommunistische Revolution ist.

Bis dann
Martin Renker, Wolfsburg

Hallo Genossinnen und Genossen!
 Bei einem Ausflug nach Aachen bekam ich Eure Zeitung in die Hand und war erstarrt über den Mut, solche Forderungen zu stellen, von denen ich einige zwar als überzogen und unrealistisch halte, jedoch im Grundkonsens sehr unterstütze.

Gerade jetzt, wo das rechte Lager in der Bundesrepublik die zusammenge-

Bodo Hombachs Ideen



Der Sozialismus geht. Wir kommen

Der Sozialismus geht. Wir kommen“, lautet die neueste Parole auch der Rechten in der SPD. Nach ihnen soll das die Antwort der Partei auf den Anti-Sozialismus-Wahlkampf der CDU sein. Wegen großer Unzufriedenheit gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Gesundheitsreform sowie wie ähnlicher sozialer Probleme bleibt der CDU/CSU nichts anderes übrig, als den gleichen schmutzigen Wahlkampf wie die DSU in der DDR zu betreiben.

Was für eine Frechheit – die CDU, deren jetzige Ost-Filiale 40 Jahre lang ein Teil des stalinistischen Regimes darstellte, wirft die SPD in den gleichen Topf wie die SED!

Für die SPD gibt es jetzt nur zwei Alternativen: Entweder wir verkaufen unsere Sache und geben eine 126-jährige sozialistische Tradition sowie alle

Prinzipien auf, oder wir erklären, was der Sozialismus ist. Wenn dem „Spiegel“ (16.4.90) zu glauben ist, hat Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer der SPD in NRW, mit diesem Wahlplakat die erste Alternative gewählt. Was hat das mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus, das im neuen SPD-Programm steht, zu tun?
 Es ist gut möglich, daß die Parteibasis die Verbreitung dieses Plakates verhindert!

Spendenanappell für das VORAN-Projekt Arbeiterinformation

Es ist allgemein bekannt, daß die stalinistischen Regimes die Fälschung der Geschichte zu ihrer Methode gemacht haben. Jetzt ist eine enorme Bewegung der Arbeiterklasse in der DDR entstanden, die schon viel erreicht hat. Sie hat aber auch gezeigt, daß ein großes Bedürfnis vorhanden ist, die Wahrheit über die Geschichte und über die aktuelle Lage zu erfahren.

Diesem Bedürfnis nachzukommen, haben wir uns zur Aufgabe gesetzt, Wir produzieren Material zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur Entwicklung der DDR, zu Fragen der Strategie und zur internationalen Lage. Wir fördern den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Arbeitern in Ost und West und den

Aufbau direkter Verbindungen zwischen ihnen.

Um dies im größeren Umfang zu gewährleisten, sind wir auf Spenden zur Deckung unserer Material-, Produktions- und Vertriebskosten angewiesen. Weiter brauchen wir auch Geld, um den Unterhalt eines Büros in West-Berlin zu finanzieren. Wir appellieren dringend an Euch: Unterstützt unsere Arbeit!

Die Kolleginnen und Kollegen in der DDR befinden sich in einem historischen Kampf. Steht ihnen zur Seite!
 Alle Spenden an:
 VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1
 Postgiroamt Essen
 Bankleitzahl 360 100 43
 Konto-Nr. 2500 59-430
 Stichwort „Arbeiterinformation“

Kampffonds Macht den Mai zum Sammelmonat!

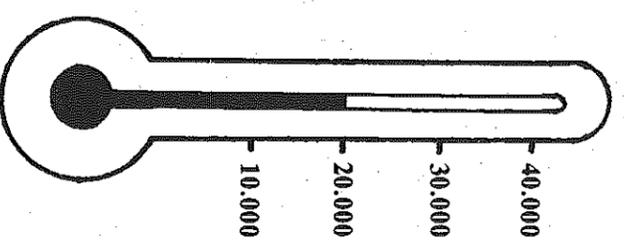
Der Monat Mai steht ganz im Zeichen wichtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Metalller und die IG Medien ringen um die 35-Stunden-Woche, die Postbeschäftigten wehren sich gegen die Folgen der Teilprivatisierung. In Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen finden die Landtagswahlen statt. Die Unzufriedenheit mit der Unternehmensregierung in Bonn kommt vielerorts zum Ausdruck.

Um so mehr brauchen SPD und Gewerkschaften eine klare politische Orientierung, die heißt ein kämpferisches sozialistisches Programm, wie es von VORAN, der Stimme des Marxismus in der SPD, vertreten wird. Deshalb muß VORAN gestärkt werden.

Und deshalb brauchen wir die Spenden unserer Leser und Unterstützer. Auf einem Seminar zu Ostern wurden insgesamt 8003,42 DM gespendet und weitere Spenden in Höhe von 6860,- zugesagt. Dieses großartige Ergebnis stellt einen großartigen Schritt nach vorne für unseren Kampffonds dar. Insgesamt sind seit Jahresanfang 20.164,23 DM hereingekommen. In den Aktivitäten der vergangenen Wochen gab es eine Reihe guter Beispiele. Einige davon seien hier genannt. Ein Kampffonds-Aktionstag am 17. März in Hamburg brachte 367,30 DM, Sue Powell, Übersetzerin aus Hamburg, gab 100 DM, und Heinz Reckling, Postler aus Hamburg, 5 DM. Ein Leserbrief in Bremen brachte zum Thema Poll Tax in England brachte 46 DM. Ein Briefchertisch bei der Juso-Berzirkskonferenz Hessen-Nord ergab 30,50 DM Spenden für VORAN. Kölner VORAN-Unterstützer sammeln beim Zeitungverkauf 323,30 DM Spenden. Ulrich Gratzfeld, Lagerarbeiter aus Königswinter, spendete 16 DM. In Aachen wurden Buttons verkauft: 182,50 DM für den Kampffonds. Ma-

ria Rosner, Rentnerin aus Aachen, spendete 50 DM. Ulrich Beier, Zimmermann aus Frankfurt, spendete 200 DM, die er als Honorar für die Organisation eines Bildungsurlaubs der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden erhalten hatte. Ein Kampffonds-Essen in Wiesbaden ergab 67 DM. Es gibt viele Möglichkeiten. Gutes für den Kampffonds zu tun! Der 1. Mai, der internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, sollte zum Kampffondstag gemacht werden!

Leo Schiffer, Köln, Jungsozialist



Spendenkonto:
 VORAN, Postgiroamt Essen
 BLZ 360 100 43
 Kto.-Nr. 2500 59-430

brochenen stalinistischen System und deren Helfershelfer zusammen mit aufrechten Sozialisten in ein Topf wirft und sozialistisch als „fein“ gilt, glaube ich, daß der VORAN ein wichtiges Gegengewicht darstellt und gute Überzeugungsarbeit leistet und wird.

Alles in allem kann man hier ein Wahlsozialen verwenden, ausnahmsweise von einer konservativen Partei „WEITER SO!“

Es grüßt sozialistisch
 Werner Pelchen, Koblenz

Filmtip

„Roger and Me“ Dokumentarfilm von Michael Moore. USA 1989; Minuten: Farbe.

Während die Propagandakampagne für die „soziale Marktwirtschaft“ im Gange ist, kommt jetzt ein Film die Kinosaal, der sich erschreckend einseitig und humorvoll mit dem „real existierenden Kapitalismus“ in den USA beschäftigt.

Der Dokumentarfilmer Michael Moore berichtet vom Niedergang der USA im Vergleich mit dem Aufstiege der japanischen Wirtschaft. Der Film zeigt, wie die USA durch die schonungslos gezeigte Härte, mit der er den Zynismus kapitalistischer Profitlogik und Heuchelei offenlegt. So wird z.B. die Zwangsrekrutierung einer Arbeitslosenfamilie gezeigt, die mit ihrer Miete im Rückstand ist – einen Tag vor Heiligabend. Parallel hierzu redet Roger Smith, ein erfolgreicher Unternehmer, über die Wichtigkeit einer Weihnachtsfeier von Bartholomäus bis zum Heiligabend.

Ronald Reagan kommt in die Startrampe und läßt Arbeitlose zum Pitzessen ein, um ihnen eine schöne Zukunft zu versprechen. In ähnlicher Weise beteuert sich auch der Schnulzenzünger H Boone, der in die heruntergekommene Stadt kommt, um die Großartigkeits Amerikas zu beschwören.

Auch wenn Kritiker teilweise geschrieben haben, daß der Film ein „Aufruf zur Revolution“ darstellen würde, bleibt er größtenteils auf der Schilderung der Zustände beschränkt. Seine Stärke besteht darin, daß er die Partei für die Arbeiter von Flint greift. Michael Moore selbst sieht wie ein Film am Fließband gezeigt werden. schaft es, aus den Reichen und ihren Gartenspartys und in ihren Clubs aber tut zynische Bemerkungen über die „Faule Arbeit der Arbeiter“ herauszulocken.

Die harten Schritte zwischen dem Elend in der Stadt und der Protektion der Reichen werden durch die sarkastischen Kommentare Moores witzvoll ergänzt. Zumindest ansatzweise werden die kämpferischen Traditionen der amerikanischen Autoarbeiterbeitler deutlich. Moore berichtet von dem berühmten Sitestreik bei General Motors, an dem 1937 sein Onkel teilgenommen hat. Er war der Anlaß für die Gründung der Autoarbeitergewerkschaft – deren Funktionäre alle Dinge in dem Film großes Verständnis für die Massenentlassungen zeigen. Dieser Film ist in den USA mit großem Erfolg in den Kinos gelaufen trotz der gerade weil er dem angeblichen Zeitgeist zuwiderläuft.
 Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

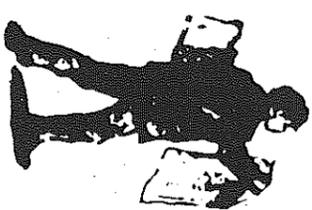
Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf) ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430



Bremerhavener Kindertagesstätten

Berliner Streik setzt Zeichen

Kürzlich streikten in West-Berlin die Erzieher(innen) der Kindertagesstätten, um auf die dort herrschenden Probleme aufmerksam zu machen und Tarifverhandlungen zu erreichen. Als dann in Bremen 3500 Eltern und Erzieher(innen) gegen die Erhöhung der Beiträge für Kindertagesplätze und für mehr Personal demonstrierten, machten wir uns daran, herauszufinden, wie es um die Kindertagesstätten in Bremerhaven bestellt ist. Hierzu befragten wir verschiedene Erzieherinnen.

Gibt es in Bremerhaven ähnliche Probleme wie in West-Berlin?

Ja, zwar nicht ganz so extrem, aber auch wir haben viel zu wenig Personal. Das Bremer Kindergartengesetz schreibt eine „ausreichende Anzahl geeigneter Fachkräfte“ für die Kinderbetreuung vor. Aber was ist „ausreichend“? Durch Krankheit und die auf die Arbeitszeitverkürzung nicht erfolgten Neueinstellungen muß oft eine Person bis zu 20 Kinder betreuen. So verkommen unsere Kindergärten zu „Aufbewahrungsanstalten“, die keine psychologische und individuelle Betreuung der Kinder, speziell von Ausländern und Behinderten, zuläßt.

In Bremen demonstrierten ja vor kurzem 3500 Eltern und Erzieher(innen) gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren. Eine Kommission der Bundesregierung stellte fest, daß die Inanspruchnahme von Kindergartentaplatzen mit dem Einkommen steigt. Heißt das, daß nach dieser Beitragserhöhung sozial Schwächere gezwungen werden, ih-

re Kindertagesplätze zu räumen?

Nein, in Bremen haben wir es anders geregelt. In Bremen gibt es andere Regelungen. Dort wurde ein Fall einer alleinerziehenden Mutter bekannt, die nach der Beitragserhöhung so wenig Geld von ihrem Einkommen übrig behielt, daß es für sie sinnlos wäre, weiter berufstätig zu bleiben. Sie kann ihr Kind dafür auch selbst betreuen und Sozialhilfe beziehen.

Die Gleichberechtigung ist damit natürlich in noch weiterer Ferne gerückt. Wenn in einer Partnerschaft einer zuhause bleiben muß, um auf das Kind aufzupassen, weil ein Kindergartentplatz zu teuer oder meistens sowieso gar nicht erst vorhanden ist, ist es leider immer noch die Frau, die dabei ihren Beruf aufgeben muß. Da es in Bremen sehr lange Wartelisten für freie Plätze gibt, ist hier natürlich eine große Ungerechtigkeit vorhanden.

Was soll gegen die Mißstände unternommen werden?

Wir fordern vom Bremer Senat

massive Neueinstellungen und Gehaltserhöhungen, denn für diese Arbeit unter diesen Bedingungen ist die Bezahlung viel zu niedrig. Außerdem brauchen wir mehr Kindertagesstätten und -krippen. Nur drei Prozent der Kinder bis drei Jahren können derzeit in der BRD in Kinderkrippen unterge-

bracht werden. Wir hoffen, der Senat reagiert auf unsere Forderungen und löst die Probleme. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir uns weitere Schritte überlegen. Der Streik in Berlin hat da Zeichen gesetzt. Der Fehler war, daß der Streik völlig isoliert blieb und nicht

auf das Bundesgebiet ausgeweitet wurde. Es hätten in der gesamten BRD gleichzeitig Streiks stattfinden müssen, um die Forderungen durchzusetzen. Jörn Kroppack, Claudia Weigel, Dirk Wahlers, Jusos aus Bremerhaven



Demonstration in West-Berlin während des Kita-Streiks.

Kampf bei der Post gegen Arbeitsnetze

„Arbeit darf nicht kaputt machen“ ist das Motto der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in der laufenden Kampagne gegen Streik am Arbeitsplatz!

Es geht darum, daß für die ungefähr 560.000 Beschäftigten der drei Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank ein Tarifvertrag über Mitbestimmung bei Leistungsanforderungen sowie Vortell- und Erholzeiten abgeschlossen werden soll.

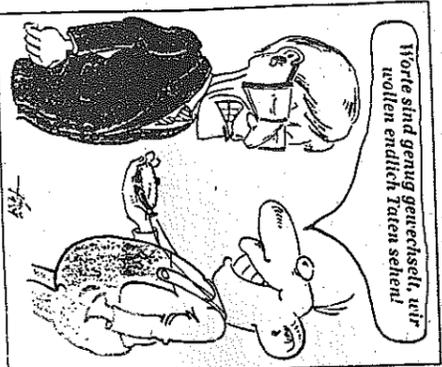
Hintergründe der Unzufriedenheit bei den Postlern sind zum einen die Angriffe der Kohl-Regierung auf unseren Lebensstandard („Postreform“, „Steuerreform“, „Gesundheitsreform“, usw.) sowie der dreijährige Tarifabschluß, der bis Ende 1990 gilt und außer den mageren 1,4% Lohnerhöhung eine stufenweise Arbeitszeitverkürzung beinhaltet.

Ab 1. April 1990 wurde unsere wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. CDU-Postminister Schwarz-Schilling hat diese Arbeitszeitverkürzung weitgemacht, indem er zur gleichen Zeit die Vortell- und Erholzeiten (persönliche Bedürfnisse, Lesen von Verfügungen u.ä.) so gekürzt hat, daß wir dieselbe Arbeit in weniger Zeit erledigen müssen.

Arbeitsnetze, Krankenverfolgung

Das Ziel der DPG, mehr Arbeitsplätze zu schaffen durch Arbeitszeitverkürzung und durch den Verzicht der Kolleginnen und Kollegen auf dem Lohn, hat Schwarz-Schilling durch mehr Arbeitsnetze zunichte gemacht. Hier muß eine Kontrolle durch Beschäftigte und Gewerkschaft bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung geschaffen werden. Außerdem hat in den letzten Jahren eine regelrechte Krankenverfolgung der Postler eingesetzt. Wer innerhalb der letzten zwölf Monate zehnmal erkrankte - egal, ob mit Arzt oder ohne, egal, ob einen Tag oder mehrere - muß sich in einem Gespräch mit mindestens zwei Vorgesetzten rechtfertigen.

Überstunden sowie zunehmend schlechte Urlaubsbewilligung sind an der Tagesordnung bei der DBP. Allein im letzten Jahr konnten 800.000 Urlaubstage nicht abgewickelt werden. Bei nur fünf bis sechs Wochen Urlaub im Jahr will man diese auch mit Freunden oder Familien verbringen und nicht „einsam“ im November! Bei der DBP erreichen 70% aller Beschäft-



grenze für den Ruhestand. In den letzten Jahren ist es uns Postlern immer schlechter ergangen, sowohl in Bezug auf die Arbeitsbedingungen als auch was den Lohn angeht. Der wirtschaftliche Aufschwung ist gänzlich an uns vorbeigegangen. Große Profite sind in die Unternehmens Taschen gelassen, wie auch in Frau Schwarz-Schillings Firma „Sonnenschein“. Der Kampf der DPG gegen die Zerschlagung der DBP ist recht schlaip gewesen und hat weder die CDU/CSU/FDP-Regierung noch das Kapital davon abgebracht, die profitablen Bereiche der DBP zu privatisieren.

Geschenkt wird uns nichts

Bereits ein vierstündiger Warnstreik der ca. 140 Kolleginnen und Kollegen in Hamburg am 4. April, so wie die Androhung eines bundesweit organisierten Streiks der DPG hat die DBP-Vorstandschaft dazu gezwungen, am 18. April Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufzunehmen, der u.a. die Ausweitung der Erholzeiten von derzeit 6 auf 10 Minuten pro Arbeitsstunde festlegen soll.

In einer Gesellschaft, wo das Kapital die Macht hat, muß die Arbeiterbewegung ihren Lebensstandard sowie die Errungenschaften (wie z.B. das Streikrecht) immer wieder verteidigen sowie für Verbesserungen kämpfen. Geschenkt wird uns nichts! Postler, werdet aktiv in der DPG und in der SPD! Jusos, solidarisiert Euch mit der DPG, knüpft Kontakte vor Ort, und unterstützt uns bei unseren Aktionen.

Eliane Peters, Aachen Mitglied der DPG und im Juso-UB-Vorstand Aachen-Stadt

„Wenn man nichts tut, tut sich nichts!“

Mehr als 240 von 450 Arbeitern bei Garbe-Lahmeyer sollen entlassen werden. So will es der neue Besitzer der Aachener Maschinenbaufirma. In Aachen liegt die Arbeitslosigkeit bei elf Prozent. Es existiert auch schon eine Namensliste von Kollegen, denen gekündigt werden soll.

VORAN sprach mit einem Beschäftigten über die Hintergründe für die Entlassungen, den Kampf der Belegschaft und deren Forderungen.

In den vergangenen Jahren ist Garbe-Lahmeyer mehrmals verkauft worden. Die Belegschaft wurde dabei immer weiter abgebaut. Anfang der 70er Jahre waren noch 1500 bei Garbe-Lahmeyer beschäftigt. Gerüchte über einen neuerlichen Verkauf hatte es schon länger gegeben. Aber jetzt ist Anfang März dieses Jahres in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion das Aktienpaket der Firma Garbe-Lahmeyer mehrheitlich an den Münchener Unternehmensberater Seidel übergegangen. Der Seidel ist so Mitte letzten Jahres eingestellt worden, um beratend tätig zu werden.

Er hat eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt und festgelegt, daß eine Sparte von Garbe-Lahmeyer, die Abteilung Maschinenbau, angeblich seit mehreren Jahren Verluste macht. Aufgrund seiner selbstgemachten Zahlen, die wir nicht nachkontrollieren können, hat er dann die Firma Garbe-Lahmeyer als Privatmann gekauft. Zu welchem Preis und woher er das Geld dazu hat, wissen wir nicht. Wir können nur vermuten, daß der Seidel gewissermaßen als Strohmännchen für einen anderen Konzern auftritt, mit dem Ziel, die Sparte Maschinenbau erstmalig zu schließen.

An dem Tag, an dem wir zum ersten Mal von konkreten Schließungsplänen hörten, haben Belegschaft und Betriebsrat den Vorstand aus einer Stellung rausgeholt und ihn zu einer Stellungnahme gebrannt. Es ist ja im Aachener Raum bekannt, daß immer, wenn etwas gegen die Belegschaft bei Garbe-Lahmeyer gemacht werden sollte, die dann prompt auf dem Firmenhof stand. Das ist auch ein Ergebnis jahrelanger guter Betriebsarbeit und weil wir immer kämpferische Leute hatten. Wir hatten ja auch Erfahrung damit. Letztendlich hat es zwar Entlassungen gegeben, aber wir haben

die Entlassungen herausgezögert, damit Zeit gewonnen und einen Sozialplan erkaufen.

Es hat natürlich auch Probleme gegeben. Die Ankündigung, daß der Maschinenbau geschlossen, aber die anderen beiden Unternehmensbereiche erhalten werden sollen, hat zeitweise zu Spaltungen in der Belegschaft geführt. Dabei ist zu befürchten, daß eines Tages auch noch die verbliebenen Bereiche dichtgemacht werden. Davon haben wir dann auch die meisten Kollegen überzeugen können.

Wir haben diesmal bisher dreimal die Arbeit für mehrere Stunden niedergelegt. Es hat auch Diskussionen gegeben, den Betrieb zu besetzen. Die Frage war, wer soll den Betrieb managen? Deshalb ist der Gedanke dann wieder verworfen worden. Wir sind dann auch noch zum Rathaus und SPD-Oberbürgermeister marschiert. Wir haben auch unsere (SPD-) Landtagsabgeordneten vom Betriebsrat aus in der Firma gehabt und ihnen gesagt, daß sie sich gefälligst für uns bei der Landesregierung einsetzen sollen.

Arbeiter fordern alternative Produktion

Die Landesregierung soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier Leute entlassen werden. Sie soll Mittel bereitstellen für eine alternative

Produktion. Wir haben ja eine SPD-Landesregierung und die müßte ja was tun können. Wenn wir von der CDU nichts erwarten können, dann müßte man ja wenigstens von der SPD etwas erwarten können.

Von der IG-Metall haben wir vor kurzem einen Katalog über die Unterstützung bekommen. Andere Betriebe und die IG-Metall haben uns Solidaritätsklärungen geschickt, von den Jusos haben wir auch eine bekommen. Noch besser wäre es natürlich gewesen, wenn wir durch Solidaritätsaktionen unterstützt worden wären. Z.B. hätten andere Betriebe Delegationen zu unseren Belegschaftsversammlungen schicken können, daran ist aber zum Teil auch zu spät gedacht worden.

Unsere Forderung ist die Entwicklung alternativer Produktlinien in Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule. Der neue Besitzer lehnt das kategorisch ab. Deshalb soll die Landesregierung Mittel aus ihrem Wirtschaftsprogramm für die Aachener Region bereitstellen. Die ist aber bisher höchstens bereit, der Firmeneleitung Geld zur Sanierung der nicht zur Schließung anstehenden Bereiche zu geben. Wir müssen weiter kämpfen, denn wenn man nichts tut, tut sich nichts.“

Nachtrag: In einem Gespräch mit VORAN im Sommer 1985 (siehe VORAN Nr. 78) hatte der Betriebsratsvorsitzende von Garbe-Lahmeyer, Ludwig Jost, anlässlich bevorstehender Entlassungen u.a. gesagt: „Die Arbeitsplätze garantieren kann aber nur der bewußte Kampf der gesamten Arbeiterklasse - ein Kampf gegen das Kapital für die Überführung der 200 größten Konzerne in Arbeitshand.“



Protestierende Kollegen vor dem Aachener Rathaus.

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Kurdistan
Thatcher am Ende?
siehe Seite 8
siehe Seite 9

1. Mai 1990

Internationale Solidarität - nicht nur ein Schlagwort!

Vor 100 Jahren, am 1. Mai 1890, setzten die US-amerikanischen Arbeiter weltweit ein Zeichen: Sie erkämpften durch gewerkschaftliche Organisation, Demonstrationen und Generalstreiks den 8- bzw. 9-Stundentag bei vollem Lohnausgleich. Diese große Bewegung blieb nicht ohne Einfluß auf die industrialisierten Länder Europas: Auch hier war der 8-Stundentag sehr schnell eine der Hauptforderungen einer breiten Schicht der Arbeiter, die sich immer mehr in sozialdemokratischen Arbeiterparteien organisierten.

Im Jahre 1891 wurde der 1. Mai auf dem Brüsseler Kongreß der II. Internationale als „Festtag der Arbeiter aller Länder“ festgelegt, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollten.

Seit dieser Zeit gehen wir, deutsche und ausländische Arbeiter auf die Straße, um unsere gemeinsamen gewerkschaftlichen und politischen Forderungen zu untermauern. Die zentralen Betätigungspunkte sind die als Lohnabhängige - egalitärer Nationalität - auf einer Seite stehen und unsere Ziele nur gemeinsam erreichen können!

Auch heute gibt es noch eine Reihe von Ländern, in denen die Staatsmacht jedem Versuch der Arbeiterklasse, den 1. Mai zu begehen, brutal entgegentritt, so z.B. im letzten Jahr in der Türkei, wo es zahlreiche Tote und Verletzte sowie unzählige Verhaftungen gab. Nicht nur dieses Beispiel zeigt, daß internationale Solidarität, nicht als moralische Formel, sondern als notwendige Form des Kampfes, dringend erforderlich ist.

International kämpfen!

Der europäische Binnenmarkt steht bevor, die Bundesregierung und die Großkonzerne bereiten sich auf die verschärfte Konkurrenz vor. Sozialabbau und Rationalisierung, Wohnungsmot und steigende Armut werden noch mehr um sich greifen. Post- und Mammutkonzernen (z.B. Daimler/MBB) haben diesen Trend bereits eingeleitet.
Das Kapital operiert international.

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500,- DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.
- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von

ne" verwiesen. Die Liverpooler Kollegen mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.
Die ÖTV-Spitze verhielt sich hier völlig unsolidarisch. Sie hätte die ÖTV-Mitgliederschaft über den Kampf informiert müssen. Durch



1. Mai-Demonstration in Zürich, 1930!

Aktionen hätte die ÖTV die bundesdeutschen Häfen für die Schiffe der englischen Reeder dichtmachen können.

Ausländerfeindlichkeit wird in der BRD zum Teil bewußt geschürt, damit ein Keil zwischen die Lohnabhängigen getrieben werden kann. Aus diesem Grund entstand das neue, menschenverachtende Asylverfahren (nach dem Motto „Ex und Hopp“, und mit einer

tion kann das Obdachlosigkeit bedeuten, und das ist wiederum ein Ausweisungsgrund).

Konsequent mobilisieren

Teile und Herrsche, das ist das Prinzip der Kapitalisten, ob sie selbst nun deutsch, türkisch oder israelisch sind! Die gewaltsame Niederschlagung der 1. Mai-Demonstration im letzten Jahr in der Türkei zeigt aber auch, daß die

13. Mai: Wahl in Nordrhein-Westfalen
Jede Stimme der SPD

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind wichtige Testwahlen für die bundesweite Wahl. Hier entscheidet sich, ob die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat kippen und ob der Kohl-Regierung eine empfindliche Schlappe beigebracht werden kann. Jede Stimme für die SPD in NRW ist eine Stimme gegen die Bonner Regierungspolitik.
Der CDU-Spitzenkandidat Norbert Blum ist der verantwortliche Bonner Minister für eine Gesundheitsreform, die den Kranken mehr Geld aus der Tasche gezogen hat. Er ist verantwortlich für eine Rentenreform, die älteren Menschen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit beschert. Das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz, das Zeitarbeit und ungeschützten Arbeitsverhältnissen Tür und Tor öffnet, stammt ebenfalls aus dem Hause Blum. Gewerkschafter werden noch nicht vergessen haben, daß unter Federführung des (immer noch) IG Metall Mitglieds Blum der §116 Arbeitsförderungsgesetz derart geändert wurde, daß „kalt“ Ausgesperrte unter Umständen keinerlei Unterstützung erhalten.
Wir müssen durch unsere Stimme dafür sorgen, daß Blum in NRW kein Bein auf den Boden kriegt. Doch SPD wählen allein genügt nicht. Denn auch die SPD-Landesregierung hat sich nicht eben mit Ruhm bekleckert. Zwar waren Sozialabbau und Sparpolitik

schwarzen Liste bestimmter Nationalitäten), deshalb das neue Ausländergesetz, das unseren ausländischen Kollegen die Lebensgrundlage entziehen soll (Nachweis von ausreichendem Wohnraum, sonst Kündigung; bei der heutigen Wohnungsmarkts-

Regierenden eine panische Angst vor dem geschlossenen Vorgehen von kurdischen und türkischen Arbeitern haben. Immer mehr Arbeiter merken, daß die Grenze nicht zwischen den Völkern verläuft, sondern zwischen oben und unten!

Wenn wir nun heute den 1. Mai feiern, sehen wir ihn oft nur als freien Tag, an dem man sich von dem Streik der Arbeit kurzfristig einmal erholen kann. Dies ist verständlich und hat seine volle Berechtigung. Der Punkt ist jedoch, wenn wir uns damit begnügen, was heißt das? Wir finden uns mit den jetzigen Verhältnissen ab, bleiben auf dem heutigen Stand stehen und machen uns nicht bewußt, daß diese eine freie Tag für sich genommen lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein ist. An diesem Tag sollten wir Bilanz ziehen. Haben wir das Optimum erreicht seit dem letzten Jahr? Die Einführung des Dienstleistungsabends konnte nicht verhindert werden. Bei der Post und in den Kindertagesstätten herrscht wie anderswo eine unzumutbare Situation. Die Metall-Unternehmer wollen uns mit einem lauen Kompromiß abspesen.

Wir können mit unseren Gewerkschaften viel mehr erreichen. Wichtig ist aber, daß die Führungen der Gewerkschaften bereit sein sollten, die Kollegen für Verbesserungen zu mobilisieren (bis zum Streik). Wir alle sollten uns überlegen, mehr aktive Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben zu leisten.

- Jens Breuß, DPG-Mitglied
- Jens Goldbeck, HBV-Mitglied
- Jusos aus Hamburg

verstärkt, die rechtlichen Instrumentarien genutzt, dann wäre durch Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle die Grundlage für eine langfristige Lösung der Probleme im Interesse der Beschäftigten geschaffen worden.
Ähnliches gilt auch für andere Bereiche. Statt im Hochschulbereich zu kürzen, wodurch Wissenschaftsminstern Brunn die berechnete Wut der Studenten auf sich zog, hätte die Landesregierung besser die verschiedenen Studentenstreiks und Protestaktionen der letzten Jahre unterstützen sollen, um auf Basis dieser Mobilisierung mehr Mittel für den Hochschulausbau aus Bonn zu erkämpfen. Auch im Bereich Umweltpolitik und Ausstieg aus der Atomenergie wird keine energische Politik gegen die Interessen des Kapitals betrieben, sondern bestenfalls vorsichtig taktiert.
Diese Politik bekommen wir nicht verbessert, wenn wir nicht SPD wählen. Davon würde nur CDU oder FDP profitieren. Alle sollen SPD wählen. Aber treten auch in die Partei ein und kämpft für eine Politik im Interesse der Arbeiter, gegen Kürzungen und gegen Koalitionen mit bürgerlichen Parteien.
Angela Bankert, Köln, Jungsozialistin